



Inhaltsverzeichnis

Seite

<u>1. EINLEITUNG.....</u>	<u>3</u>
<u>2. ZIELSETZUNG DES INSTITUTS.....</u>	<u>7</u>
<u>3. AUFBAU DES INSTITUTS.....</u>	<u>8</u>
LEITUNG UND MITARBEITER.....	8
FÖRDERVEREIN.....	9
DIE WALTER HALLSTEIN-BIBLIOTHEK.....	9
DIE WEBSEITE DES WHI.....	9
DAS EUROPEAN CONSTITUTIONAL LAW NETWORK (ECLN).....	10
WEITERE KOOPERATIONSPARTNER DES WHI.....	13
<u>4. FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE (FCE).....</u>	<u>13</u>
<u>5. HUMBOLDT-REDEN ZU EUROPA (HRE).....</u>	<u>14</u>
<u>6. GRADUIERTENKOLLEG „VERFASSUNG JENSEITS DES STAATES“.....</u>	<u>16</u>
GRAKOV-KONFERENZEN.....	17
WISSENSCHAFTLICHES BEGLEITPROGRAMM.....	17
<u>7. KOOPERATIONEN MIT EU-INSTITUTIONEN.....</u>	<u>18</u>
<u>8. TRANSFER DER WISSENSCHAFTLICHEN TÄTIGKEITEN DES WHI.....</u>	<u>19</u>
PROF. DR. DR. H.C. INGOLF PERNICE.....	19
VERÖFFENTLICHUNGEN.....	19
VORTRÄGE.....	20
INTERVIEWS.....	20
PODIUMSDISKUSSSIONEN, WORKSHOPS, FACHGESPRÄCHE, ANHÖRUNGEN.....	20
BERATERTÄTIGKEITEN.....	21
PROF. DR. MICHAEL KLOEPFER.....	21
VERÖFFENTLICHUNGEN.....	21
VORTRÄGE.....	21
PROF. DR. FRANZ C. MAYER, LL.M. (YALE).....	22
VERÖFFENTLICHUNGEN.....	22
VORTRÄGE.....	22
INTERVIEWS.....	23
PROF. DR. DANIEL THYM, LL.M. (LONDON).....	23

VERÖFFENTLICHUNGEN	23
VORTRÄGE	23
DR. STEFFEN HINDELANG, LL.M. (SHEFFIELD).....	24
VERÖFFENTLICHUNGEN	24
VORTRÄGE	25
BERATERTÄTIGKEITEN	25
DR. MATTIAS WENDEL, MAÎTR. EN DROIT (PARIS 1)	25
VERÖFFENTLICHUNGEN	25
VORTRÄGE	26
ANHÖRUNGEN	26
PD DR. KAI VON LEWINSKI	26
VERÖFFENTLICHUNGEN	26
VORTRÄGE	26
EDGAR LENSKI.....	26
VERÖFFENTLICHUNGEN	26
VORTRÄGE	26
PATRICIA SARAH STÖBENER, LL.M. (KING'S COLLEGE).....	27
VERÖFFENTLICHUNGEN	27
LARS S. OTTO, LL.M. (LSE)	27
VERÖFFENTLICHUNGEN	27
SEBASTIAN LEUSCHNER.....	27
VERÖFFENTLICHUNGEN	27

9. SCHRIFTENREIHE EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT UND WHI-PAPERS
..... 27

10. INTERNATIONALER FORSCHERAUSTAUSCH..... 28

AUSWÄRTIGE LEHRTÄTIGKEIT UND TEACHING STAFF MOBILITY	28
DR. STEFFEN HINDELANG, LL.M. (SHEFFIELD)	28
GASTFORSCHER	28
LL.M.-PROGRAMM	29

11. BETEILIGUNG AN DER LEHRE **29**

EUROPEAN ONLINE ACADEMY	29
STUDIENGANG EUROPAWISSENSCHAFTEN	29
MEGA-PROGRAMM.....	29
SEMINAR UND EXKURSION – “EUROPA VOR ORT”	30
MODEL EUROPEAN UNION CONFERENCE	30
ROBERT BOSCH STIFTUNG: INTRODUCTORY WORKSHOP IM RAHMEN DES BELLEVUE-PROGRAMMES	31
AUßERORDENTLICHE LEHRVERANSTALTUNGEN.....	32
PROF. DR. DR. H.C. INGOLF PERNICE	32
PROF. DR. FRANZ C. MAYER, LL.M. (YALE)	33
PROF. DR. DANIEL THYM, LL.M. (LONDON)	33
EDGAR LENSKI	33

12. KONTAKT **34**

☆ ☆ ☆ 1. Einleitung ☆ ☆ ☆

Das Jahr 2010 war für das Walter Hallstein-Institut geprägt von zwei wichtigen, sich beinahe überholenden Entwicklungen: Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zum 1. Dezember 2009 gab Anlass, im Lichte der Beurteilung des Vertrags durch diverse Verfassungsgerichte die Bedeutung der doch z.T. sehr grundlegenden Änderungen des Primärrechts und damit der Grundlagen für die künftige europäische Politik zu erfassen, insbesondere auch in ihrer institutionell gestärkten Rolle als globaler Akteur. Zum anderen zwingen die Folgen der internationalen Finanzkrise und der Missachtung der vertraglichen Bestimmungen über die Haushaltsdisziplin sowie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch viele Mitgliedstaaten zu neuen Initiativen zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, die eher als erwartet jedenfalls auf lange Sicht grundlegende Vertragsänderungen mit sich bringen könnten. Zu den Höhepunkten der Aktivitäten des WHI gehörten 2010 insofern sechs Vortragsveranstaltungen des FCE und vier Humboldt-Reden zu Europa, in denen die genannten Themenbereiche aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und mit dem interessierten Publikum diskutiert wurden. Als große Ehre empfanden wir den offiziellen Besuch des Konstitutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments am 10. Juni 2010 beim WHI, um insbesondere die Folgen des Lissabon-Urteils für die künftige Entwicklung der Union mit uns zu diskutieren. Besonderes Augenmerk fand die neue Rechtsprechung der Verfassungsgerichte der Mitgliedstaaten zur Reform der Union auch auf dem 8. Symposium des European Constitutional Law Network (ECLN), das im Oktober 2010 in Madrid stattfand. Schließlich bildete das Doktoranden-workshop, das Prof. Joseph H. H. Weiler (NYU und Jerusalem) im Zusammenhang mit der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde von der Humboldt-Universität im Dezember am Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates“ abhielt, einen besonderen Höhepunkt.

Die größte Sichtbarkeit nach außen erhält das Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht weiterhin durch seine Vortragsreihen „Humboldt-Reden zu Europa“ (HRE) und „Forum Constitutionis Europae“ (FCE), in denen die jeweils neuesten Entwicklungen der Union in engem Kontakt mit den beteiligten Akteuren im öffentlichen Diskurs behandelt werden. Wegen ihrer Bedeutung sollen die wichtigsten Beiträge hier vorab kurz vorgestellt werden:



Humboldt-Rede des französischen Premierministers
François Fillon am 10.03.2010

Auftakt der HRE-Reihe 2010 war die Rede des französische Ministerpräsidenten *François Fillon* am 10. März 2010 zum Thema „*L’Union européenne au service de la croissance – Die Europäische Union im Dienste des Wachstums*“. Fillon konzentrierte sich ganz auf das Wirken und die Folgen der Finanzkrise und sah den Schlüssel zu ihrer Überwindung in der Stimulation nachhaltigen Wachstums im gesamten europäischen Wirtschaftsraum. Er wies auf die dichten Verflechtungen ihrer Mitgliedstaaten hin und forderte in der Konsequenz eine europäische Wirtschaftsregierung, bei der der Europäischen Rat eine besondere Rolle spielen sollte. Die gegenseitige Kontrolle nicht nur nationaler Haushaltspolitiken, sondern auch weiterer zentraler Wirtschaftsbereiche unter besonderer Berücksichtigung der Wettbewerbsregeln seien in der Zukunft ebenso unverzichtbar wie strenge Konsolidierungskurse der einzelnen Mitgliedstaaten. Das deutsch-französische Tandem spiele in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle.

Am 22. März 2010 hielt *Jerzy Buzek*, Präsident des Europäischen Parlaments eine Humboldt-Rede zum Thema „*Die Europäische Union nach Lissabon. Wieviel Europa brauchen die Bürger?*“. Dabei lobte er insbesondere die institutionellen Neuerungen des Lissabonvertrags und wies auch wie schon Fillon auf die jetzt gestärkte Rolle des Europäischen Rates als Gremium der Staats- und Regierungschefs hin. Gerade durch diese Verschiebung im Institutionengefüge hin zu mehr Macht nationaler Entscheidungsträger müssten sich aber einerseits die Staats- und Regierungschefs ihrer europäischen Verantwortung bewusst sein und die Zusammenarbeit in Form der Gemeinschaftsmethode stärken, andererseits müsste aber auch die Kommission als originär europäisches Organ gestärkt werden, insbesondere durch die Festigung ihrer demokratische Legitimation. So regte er an, die Kandidaten für das Präsidentenamt der Kommission künftig auf Platz eins der Listen zur Wahl des Europäischen Parlaments zu setzen. So wären sie für die Bürger von Beginn an sicht- und in Ansätzen auch wählbar. Zudem müsse der Einfluss der Bürger generell gestärkt und ihr Bewusstsein für Europa geschärft werden. Schließlich wies Buzek auf die neue Rolle Europas in der Welt hin. Nur gemeinsam könnten die Mitgliedstaaten Gehör für ihre außenpolitischen Anliegen finden. Mehr Gestaltungsmacht in außenpolitischen Fragen für die EU bedeute keineswegs eine Schwächung nationaler Souveränität, vielmehr wirke sie gerade einer Schwächung durch die fortschreitende Globalisierung entgegen. Europa müsse für seine Werte in der Welt werben, um sie auch sich selbst effektiv bewahren zu können.

Sehr kritisch zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags und zum Europäischen Integrationsprozess generell äußerte sich der tschechische Staatspräsident *Václav Klaus* in seiner Rede vom 29. April 2010 mit dem Titel „*Kritik an der heutigen Form der europäischen Integration*“. Er stellte den allgemeinen Konsens politischer Eliten überall in Europa hinsichtlich der positiven Effekte der Europäischen Integration grundsätzlich in Frage. Er sprach sich für eine Neubewertung der Vor- und Nachteile der Europäischen Integration aus, konstatierte ein ernstzunehmendes und freiheitsgefährdendes Demokratiedefizit bzgl. der europäischen Entscheidungsmechanismen und beschrieb in diesem Zusammenhang die Gefahr des Verlustes nationaler Identitäten zugunsten der Schaffung eines europäischen Staates. In der Konsequenz sprach er sich daher für die Stärkung intergouvernementaler Elemente bei der europäischen Entscheidungsfindung aus.

Die aus der gemeinsamen Geschichte resultierenden gemeinsamen Werte der europäischen Bürger standen im Zentrum der Rede von *Jorge Sampaio*, UN High Representative for the Alliance of Civilizations, zum Thema „*European Diver Cities – challenges of cultural diversity, multi-cultural citizenship and interethnic cities in Europe*“ am 25. Oktober 2010 hin. Nur auf dieser Grundlage habe das Europäische Projekt in seiner heutigen Form ins Leben gerufen werden können und habe die EU dem Kontinent eine seit nunmehr über 60 Jahren währende Epoche des Friedens gebracht. Doch dieser gewaltige Erfolg sei für die heutigen Generationen zur Selbstverständlichkeit geworden, Europa müsse seine Legitimation daher in anderen

Quellen suchen. Insbesondere die Bewältigung der Auswirkungen der Globalisierung müsse daher heute eine zentrale Rolle spielen. Dazu gehörten vor allem auch die zunehmende ethnische und kulturelle Pluralisierung und die damit einhergehenden Probleme europäischer Gesellschaften bzw. der europäischen Gesellschaft als ganzer. Das säkulare Weltbild des Westens müsse mit der religiös geprägten Weltanschauung des Islam in einen fruchtbaren interkulturellen Dialog treten, um Zusammenstöße zu vermeiden. Dies sei möglich, da beide Weltanschauungen essentielle Werte und andere Gemeinsamkeiten teilten. Konkret müssten daher Konzepte für mehr pluralistische demokratische Partizipation und für die Entwicklung interkultureller Kompetenzen erarbeitet werden. Dies sei in der Vergangenheit versäumt worden und habe Europa in eine Krise geführt, in der rechtsextreme Strömungen im Aufwind seien. Sampaio beschwor die Chance, wie schon bei der Bewältigung vergangener Krisen, mit neuen Konzepten auch aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen.

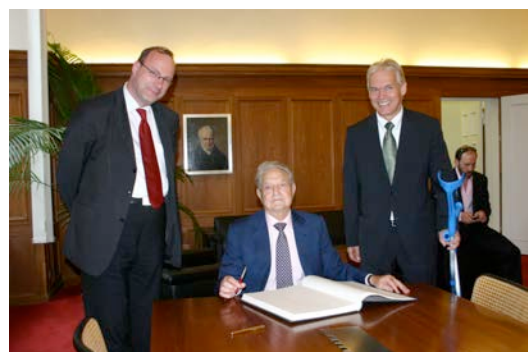
Mit Reden von *George A. Papandreou* und *Jean-Claude Trichet* primär zur Entwicklung der Union aufgrund der Finanz- und Schuldenkrisen wird die Serie im Jahre 2011 fortgesetzt. Die erwähnten Reden können im Volltext unter www.whi-berlin.de nachgelesen bzw. heruntergeladen werden.

Den **Auftakt des FCE** im Jahr 2010 bildete der Vortrag von Prof. Dr. *Carl Otto Lenz*, Generalanwalt des EuGH a.D. und ehem. Vorsitzender des Rechtsausschusses sowie der Europakommission des Bundestages. Seine präzise und engagierte Analyse „*Zum Verhältnis des BVerfG zu Europa und seinen Gerichten nach seinem Lissabon-Urteil*“ befasste sich dabei kritisch mit denjenigen Aspekten des Urteils, die seiner Ansicht nach weder dem einzigartigen Charakter der EU noch dem grundgesetzlichen Auftrag zur Vertiefung der europäischen Integration genügend Rechnung tragen.

Ebenfalls über die Neuerungen des Lissabonner Vertrages und ihre Bedeutung für die künftige Unionspolitik sprach der spanische Außenminister *Januar Miguel Moratinos*. Im Namen der von Spanien übernommenen, rotierenden Ratspräsidentschaft sicherte er in seinem Vortrag „*The EU As A Global Actor*“ dem Lissabonner Vertragswerk sowie dem neuen Leitungsteam im europäischen Institutionengefüge die volle spanischen Unterstützung zu und wies darüber hinaus im Besonderen auf die Notwendigkeit einer aktiven Mittelmeerpolitik der Europäischen Union hin.

Mit den grundsätzlichen Auswirkungen der Integration, gerade auch im Hinblick auf das Demokratieprinzip, befasste sich im Februar der Vortrag „*Passion and Reason in European Integration*“ des früheren Generalanwalts am EuGH *Miguel Maduro*, jetzt Direktor des Programms Global Governance des European University Institute in Florenz. Zentraler Argumentationsspunkt des Vortrages bildete der Verweis auf die demokratiefördernden Effekte der europäischen Integration, welche das Demokratieprinzip gerade auch im nationalstaatlichen Kontext stärkten und darüber hinaus auch sicherstellten, dass transnationale Akteure sich nicht der Kontrolle politischer Regelungsinstanzen entziehen könnten.

Der zentralasiatische Raum als Gegenstand europäischer Außenpolitik stand im Mai im Zentrum des Vortrages von Prof. *Klaus Grewlich*, vormals u.a. deutscher Botschafter in Kirgistan und Aserbaidschan, zum Thema: „*Anspruch und Praxis der EU-Zentralasienstrategie. Pipelines, Drogen, Kampf ums Wasser*“. Grewlich unterstrich die Notwendigkeit, sowohl die Probleme (z.B. Drogenhandel) als auch die Herausforderungen (z.B. Wassermanagement) dieser Region in ihren interdependenten und grenzüberschreitenden



Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Marksches, George Soros, Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice (v.l.)

Zusammenhängen zu begreifen. Insbesondere in Bezug auf das Ressourcenmanagement konstatierte Grewlich ein erhebliches Potential zukünftiger Konfliktlösungen bzw. Konfliktvermeidungen in dieser Region, und plädierte vor diesem Hintergrund für ein verstärktes europäisches wie deutsches Engagement in diesem Bereich.

Unter großer öffentlicher wie medialer Aufmerksamkeit befasste sich im Juni *George Soros*, Vorsitzender des Soros Fund Managements und Gründer des Open Society Institute, in seinem Vortrag „*Europe in Crisis*“ mit den Ursachen sowie den staatlichen Bewältigungsstrategien der Finanzkrise. Während Soros für eine Reglementierung des Finanzsektors zur Vermeidung zukünftiger Krisen plädierte, warnte er zugleich vor zu restriktiven staatlichen Sparmaßnahmen in der aktuellen Krise, da diese aus seiner Sicht einen zukünftigen wirtschaftlichen Aufschwung gefährden würden.

Seit Herbst 2010 befasst sich die neue Serie der FCE-Redenreihe mit dem Oberthema „*EU als Solidargemeinschaft. Transformation durch Krise?*“.

Den Auftakt dazu machte im Dezember Prof. em. *Jean-Victor Louis* von der Université Libre de Bruxelles mit einem Vortrag über „*Managing Public Finances. Lessons and Perspectives for the EU and the Euro Area*“. Er beschäftigte sich mit den einzelnen, im Spannungsverhältnis zueinander stehenden Bestimmungen der Verträge zum Bail-out und zur Notfallhilfe für Mitgliedstaaten. Seine Analyse der generellen Fehleinschätzungen bei der Ausarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, etwa zum Ausmaß der europäischen Interdependenzen im Fall von Haushalts- und Finanzkrisen einzelner Mitgliedstaaten führte zu einem klaren Votum für mutigere europäische Lösungen wie Währungsfonds, Vorrang der Wachstumspolitik bis hin zur stärker integrierten Haushaltspolitik.

Die Serie wird bis zum Sommer fortgesetzt, mit Vorträgen von *Christian Calliess*, *Wolfgang Schäuble*, *Sylvie Goulard* u.a. Alle Reden können im Volltext unter www.whi-berlin.de nachgelesen bzw. heruntergeladen werden.

Im Zentrum der Tätigkeit des Instituts stand neben der Förderung des europäischen Diskurses die wissenschaftliche Forschung zum Europäischen Verfassungsrecht. Ihr dient der fortlaufende Ausbau der Walter Hallstein-Bibliothek, die als Stätte der Forschung von Studierenden wie auch von Gastforschern aus aller Welt für Arbeiten zum europäischen Verfassungsrecht gern genutzt wird. Weiterhin stärkt die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Partnern im European Constitutional Law Network (ECLN) das genuin Europäische an der Forschung. Zusätzlich wird am Institut künftig auch zu Fragen zum Europäischen Wirtschaftsrecht geforscht, ganz in der wissenschaftlichen Tradition von Walter Hallstein.

Das von der DFG finanzierte Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates. Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft“ (www.grakov-berlin.de) ging nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Doktorandengeneration und der Eingliederung von fünfzehn neuen Stipendiaten im Jahre 2010 in seine zweite Förderperiode. Das aufwendige Antragsverfahren mit der Evaluierung in einem Berichtskolloquium im März 2010 führte auch strukturell zu einigen Innovationen und zu Planungssicherheit bis 2015. Besonders anregend sind nicht nur die regelmäßigen Seminarveranstaltungen mit Spitzenforschern aus Europa und der Welt, sondern auch die ausländischen Mitglieder des Kollegs, die als Vollstipendiaten oder Gastwissenschaftler aktiv am wissenschaftlichen Diskurs teilnehmen.

Die Simulationsveranstaltung „Model European Union Conference“ (www.meuc.eu) zum Europäischen Gerichtshof und zum Europäischen Rat erfreute sich wie jedes Jahr wieder großer Beliebtheit bei den Studierenden. Sie erleben in der persönlichen Verhandlungssituation, wie Europa praktisch funktioniert. Mit der Fortsetzung der Beteiligung am sehr erfolgreichen Postgraduiertenprogramm der „European Online Academy“ (EOA) gewinnt das WHI weitere Erfahrungen im e-learning. Auch die Partnerschaft mit der BGSS und der Uni-

versität Potsdam bzw. der ENA, der Sorbonne und Science-Po im deutsch-französischen Masterprogramm „Master of European Governance and Administration“ (MEGA) reichert den Erfahrungsschatz des WHI beständig weiter an.

Wir danken der Robert-Bosch-Stiftung, der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und der Deutschen Post AG für die gute Zusammenarbeit bei den Vortragsreihen FCE und HRE. Der Friedrich-Ebert-Stiftung danken wir für die Zusammenarbeit bei der Durchführung der MEUC. Die Finanzkraft des Vereins für Europäisches Verfassungsrecht blieb nach dem Beitritt neuer – auch institutioneller – Mitglieder stabil. Allen Spendern, Mitgliedern des Vereins und allen Mitarbeitern und Freunden des Instituts sei an dieser Stelle für ihr Engagement herzlich gedankt.

☆ 2. Zielsetzung des Instituts ☆

Das Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (WHI) wurde im Oktober 1997 gegründet. Ziel bleibt die Erforschung und Diskussion der Grundlagen, Strukturen und Inhalte einer europäischen Verfassungsordnung auf verfassungsvergleichender Basis. Dem dient der kontinuierliche Ausbau des vom WHI initiierten und von Prof. Pernice koordinierten Netzwerks von Instituten zur kooperativen Forschung auf dem Gebiet des europäischen Verfassungsrechts („European Constitutional Law Network“ - ECLN), der Einsatz moderner Kommunikationstechnologien zur Intensivierung des europa-, ja weltweiten Diskurses über eine europäische Verfassung sowie die Nutzung der geographischen Lage Berlins und des Profils der Humboldt-Universität als „Brücke zwischen Ost und West“. Die Integration von Theorie und Praxis durch praxis- und politikorientierte Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt und die Förderung eines öffentlichen, europaweiten Verfassungsdiskurses werden ebenso angestrebt wie die Beratung der Politik zu zentralen Fragen der Europäischen Verfassung. Dieser besonderen Zielsetzung sind zwei Vortragsreihen und eine Reihe von workshops gewidmet:

- das „Forum Constitutionis Europae“ (FCE) mit Fachvorträgen von prominenten Wissenschaftlern und Politikern zur Entwicklung des europäischen Verfassungsrechts, in Kooperation mit der Robert Bosch-Stiftung, und
- die „Humboldt-Reden zu Europa“ (HRE), in denen frühere, amtierende und künftige Staats- und Regierungschefs ihre europapolitischen Visionen zur Diskussion stellen (in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und der Deutschen Post AG),

Nach der verfassungsrechtlichen Konsolidierungsphase mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags wird sich das Institut künftig auch verstärkt wirtschaftsrechtlichen Fragen widmen.

Auch im Jahr 2010 wurde der Ausbau der Walter Hallstein-Bibliothek fortgeführt und durch einen Online-Katalog ergänzt (<http://quit.rewi.hu-berlin.de/bibliograph>). Sie enthält Grundwerke zum Öffentlichen Recht der Mitgliedstaaten der EU sowie zum Europa- und Völkerrecht. Der Bestand wird ferner durch Literatur zum Europäisches Verfassungsrecht und durch europarechtliche Zeitschriften aus verschiedenen Mitgliedstaaten ergänzt. Das WHI verfolgt das Ziel, diese Spezialbibliothek zum vergleichenden und europäischen Verfassungsrecht Schritt für Schritt zu vervollständigen. Für finanzielle Unterstützung hierzu danken wir der Rudolf von Bennigsen-Foerder-Stiftung, der Axel Springer-Stiftung, der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung, der Europäischen Kommission, der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung sowie allen Mitgliedern des Fördervereins.

☆ 3. Aufbau des Instituts ☆

Das Walter Hallstein-Institut ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Es stützt sich zum einen auf die genannte Spezialbibliothek zum vergleichenden Verfassungs- und Europarecht (Walter Hallstein-Bibliothek), zum anderen auf den Internetauftritt des WHI (www.whi-berlin.de), in dem es darum geht, aktuelle europäische Themen aufzugreifen, Materialien von renommierten Wissenschaftlern zu veröffentlichen sowie über Neuigkeiten des Instituts zu informieren. Die dritte Säule ist die internationale Kooperation im Rahmen des European Constitutional Law Network (ECLN), das mit wissenschaftlichen Symposien, Projekten und Materialien in einem eigenen Internetangebot (<http://www.ecln.net>) die europäische Forschung zum Verfassungsrecht unterstützt.

Die Anschubfinanzierung wurde durch einen Zuschuss der Europäischen Kommission und Spenden diverser privater Stiftungen sichergestellt. Daneben bildet der WHI-Förderverein eine wesentliche Stütze für die dauerhafte Finanzierung der Institutsarbeit.

Leitung und Mitarbeiter

Geschäftsführender Direktor des WHI ist seit der Gründung im Jahre 1997 Prof. Dr. Dr. h.c. *Ingolf Pernice*, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht. Co-Direktor ist Prof. Dr. *Michael Kloepfer*, Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht, Europarecht, Finanz- und Wirtschaftsrecht.

Eigenes Personal hat das WHI nicht. Umso mehr ist das Institut denjenigen dankbar, die frei oder als Mitarbeiter der beteiligten Lehrstühle die Arbeit des WHI auch im Jahr 2010 mitgetragen haben: Prof. Dr. *Daniel Thym*, LL.M. (London), Dr. *Ann-Katrin Kaufhold*, Dr. *Anne Faber*, Dr. *Christian Volk*, *Beate Braams*, LL.M., *Martin Mlynarski*, *Lars S. Otto*, LL.M. (LSE), *Rüdiger Schwarz*, *Patricia Stöbener*, LL.M. (London) und *Mattias Wendel*, Maîtr. en droit, als wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl Pernice. Nach der Übernahme der Professur für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität Konstanz unterstützen Prof. Dr. *Daniel Thym*, LL.M. (London), Prof. Dr. *Franz C. Mayer*, LL.M. (Yale) und Prof. Dr. *Stephan Wernicke* das WHI nun als Senior Fellows, *Edgar Lenski* als Fellow sowie Dr. *Kai von Lewinski* als wissenschaftlicher Assistent von Prof. Kloepfer. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter trat 2010 Dr. *Steffen Hindelang*, LL.M. (Sheffield) die Nachfolge von Daniel Thym an. *Luise Schöne* und Dr. *Oswaldo Saldias Collao* unterstützen das WHI ab diesem Jahr als neue wissenschaftliche Mitarbeiter. Nach dem Wechsel von Dr. *Anne Faber* an die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder zur Vertretung der Professur für Politikwissenschaft, insbesondere die institutionelle Ordnung der Europäischen Union, konnte für das Graduiertenkolleg Dr. *Johanna Sprondel* hinzugewonnen werden. Um das WHI und das Graduiertenkolleg haben sich zudem *Kristin Bettge*, *Robert Eismann*, *Henner Fries-Henrich*, *Sebastian Leuschner* und *Anke Ortman* als studentische Hilfskräfte sowie als freie Mitarbeiterin *Christiane Müller* verdient gemacht. Als studentischer Mitarbeiter trat im Laufe des Jahres 2010 *Roman Kowolik* an die Stelle von Robert Eismann und als neuer freier Mitarbeiter konnte *Georgi Batoev* gewonnen werden. Die Betreuung des Fördervereins und die Neuwerbung von Mitgliedern sowie die Verwaltung und Buchhaltung für das WHI besorgte dankenswerter Weise *Gabriele Müller*.

Förderverein

Der gemeinnützige Förderverein „Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V. – Freunde und Förderer des Walter-Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht“ wurde im Januar 2000 zur Sicherstellung der fortlaufenden Finanzierung gegründet. Damit werden die Förderungsmöglichkeiten durch Drittmittel verbessert und die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts garantiert. Der Verein steht natürlichen wie institutionellen Mitgliedern offen. Er zählt inzwischen über dreißig namhafte Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Gerichten und Wissenschaft.

Unter Sekretariat@whi-berlin.de kann mit dem Förderverein Kontakt aufgenommen werden.

Institutionelle Mitglieder des Vereins sind u.a.: die Sozietäten Hengeler Mueller und Freshfields Bruckhaus Deringer, die Deutsche Post AG sowie das Bundesministerium der Justiz.

Dem Förderverein kommt eine wesentliche Rolle bei der Finanzierung der Kosten zu, die durch zweckgebundene Zuwendungen von Stiftungen und Projektmitteln nicht abgedeckt werden können. In Zukunft soll sich der Verein weiter der Förderung der Publikationen des WHI widmen sowie zum Ausbau der Walter Hallstein-Bibliothek, der Finanzierung einer Bibliothekskraft und der Pflege der institutseigenen Homepage beitragen.

Die Walter Hallstein-Bibliothek

Die in einem eigenen Bibliotheks- und Seminarraum untergebrachte Walter Hallstein-Bibliothek konzentriert sich auf verfassungs- und europarechtliche Literatur aus Mitglieds- und Beitrittsstaaten der Europäischen Union und aus Drittländern, insbesondere den USA. Dazu gehören neben Monographien, Kommentaren und Lehrbüchern auch repräsentative juristische Zeitschriften. Die Literaturdatenbank des Instituts erfasst alle am Institut befindlichen Bücher, in ihr kann aber auch systematisch nach den in den letzten Jahren gesammelten Sonderdrucken und Einzelartikeln zu den zentralen Sachthemen gesucht werden. Die Bibliothek ist nicht nur das Zentrum der Forschungsarbeit, sondern der Raum wird auch für die wissenschaftlichen Begegnungen des Graduiertenkollegs „Verfassung jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft“ genutzt. Die Hallstein-Bibliothek steht für Forschungsarbeiten den Studenten und Mitarbeitern der Humboldt-Universität sowie interessierten Forscherinnen und Forschern aus dem In- und Ausland offen. Interessierte können sich unter bibliothek@whi.eu für die Bibliotheksnutzung anmelden und haben unter (<http://quit.rewi.hu-berlin.de/bibliograph>) Zugriff auf die Literaturdatenbank.

Die Organisation und Buchhaltung der Bibliothek wurde auch in diesem Jahr von *Gabriele Müller* übernommen.

Die Webseite des WHI

Eine tragende Einrichtung des Walter-Hallstein-Instituts ist ihre Internetpräsenz (<http://www.whi-berlin.de>). Alle vom Institut ausgehenden Aktivitäten und Publikationen werden auf dieser Webseite der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören vor allem die Texte der Vorträge des FCE und der Humboldt-Reden zu Europa, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Kurzbeiträge zum europäischen Verfassungsrecht (WHI-Papers) sowie Links auf andere Angebote zum Europarecht bzw. zur Europapolitik. Interessenten können das Material auch herunterladen. Auch die Literaturdatenbank der Institutsbibliothek ist hier einsehbar.

Um die Möglichkeiten des World-Wide-Web noch besser nutzen zu können, wird die Webseite des WHI seit Juni 2010 einer umfassenden Neugestaltung unterzogen. Die neue Internetpräsenz wird 2011 online gehen.

Das European Constitutional Law Network (ECLN)

Das WHI ist Initiator und zentraler Knoten eines Netzwerkes von Instituten mit ähnlicher Zielsetzung in den Mitgliedstaaten Europas und den USA (European Constitutional Law Network), das mit einer eigenen, neu gestalteten Webseite auftritt (www.ecln.net). Das Netzwerk dient der europäischen bzw. internationalen Forschungsk Kooperation sowie dem Gedankenaustausch zu Themen des Europäischen Verfassungsrechts. Es führt dazu regelmäßig internationale Symposien durch. Nicht zuletzt begünstigt die gemeinsame Arbeit in einem derartigen Netzwerk auch den personellen Forscheraustausch.

Das ECLN verfügt über keine eigenen Organe oder Einrichtungen. Prof. Pernice nimmt seit der Gründung des ECLN die Aufgabe des Koordinators wahr. Gegründet wurde es im Zusammenhang mit der WHI-Eröffnungstagung 1998 in **Berlin**. Am 26./27. Januar 2001 richtete das Zentrum für Europäisches Verfassungsrecht in **Athen** (Prof. Tsatsos) in Verbindung mit dem WHI das erste ECLN-Symposion aus. Hier wurde auch die Einrichtung der eigenen ECLN-Webseite beschlossen. Das zweite ECLN-Symposion veranstaltete das WHI zusammen mit der Università La Sapienza (Prof. Miccú) am 31. Mai und 1. Juni 2002 in **Rom**. Vom 23.-25. Januar 2003 richtete das Instituto de Estudios Europeos der Universidad San Pablo - CEU (Prof. Beneyto) in Zusammenarbeit mit dem WHI in **Madrid** das dritte ECLN-Symposion aus. Im September 2003 trafen sich die ECLN – Mitglieder zum vierten ECLN-Symposium in **Lissabon**. Es wurde vom WHI in Zusammenarbeit mit der Faculdade de Direito da Universidade Nova de Lisboa (Prof. Maduro) veranstaltet. Das fünfte ECLN-Symposium wurde vom Department of European Law der Karls-Universität Prag (Prof. Zemanek) in Zusammenarbeit mit dem WHI am 23.-24. September 2004 in **Prag** veranstaltet. Das sechste ECLN-Symposium fand im November 2005 in **Berlin** statt, in Zusammenarbeit mit der International Association of Constitutional Law (IACL). Vom 17.-19. April 2008 richtete das WHI zusammen mit der New Bulgarian University (Prof. Tanchev) das siebte ECLN-Symposium in **Sofia** aus und das achte ECLN-Symposium fand vom 6. bis 8. Oktober 2010 wieder an der CEU San Pablo University **Madrid** statt. Die Vorbereitungen für das neunte Symposium zum Thema „The EU and the Financial Crisis“ in Oslo im Frühling 2012 sind bereits angelaufen.

Soweit verfügbar, sind alle Beiträge zu den Symposien auf der **Webseite des ECLN** unter <http://www.ecln.net> veröffentlicht. In Buchform sind sie daneben in den eigens hierfür eingerichteten „European Constitutional Law Network Series“ bei NOMOS erschienen:

Band 1 : Dimitris Melissas/Ingolf Pernice (Hrsg.): Perspectives of the Nice Treaty and the Intergovernmental Conference in 2004, erschienen 2002.

Band 2 : Ingolf Pernice/Roberto Miccú (Hrsg.): The European Constitution in the Making, erschienen 2004.

Band 3 : Ingolf Pernice/José María Beneyto Pérez (Hrsg.): The Government of Europe – Institutional Design for the European Union, erschienen 2004.

Band 4 : Ingolf Pernice/Miguel Poaires Maduro (Hrsg.): A Constitution for the European Union: First Comments on the 2003-Draft of the European Convention, erschienen 2004.

Band 5 : Ingolf Pernice/Jiri Zemanek (Hrsg.): A Constitution for Europe: The IGC, The Ratification Process and Beyond, erschienen 2005.

Band 6 : Ingolf Pernice/Juliane Kokott/Cheryl Saunders (Hrsg.): The Future of the European Judicial System in a Comparative Perspective, erschienen 2006.

Band 7 : Ingolf Pernice/ Evgeni Tanchev (Hrsg.): Ceci n'est pas une Constitution - Constitutionalisation without a Constitution?, erschienen 2009.

Band 8 : Ingolf Pernice /José María Beneyto Pérez (Hrsg.): Europe's Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law – Lisbon and Beyond, im Erscheinen 2011.

Seit einigen Jahren wurde im Blick auf die Intensivierung eines interdisziplinären Dialogs der Mitgliederkreis über die Experten des Europa- und Verfassungsrechts hinaus schrittweise auf Politikwissenschaftler ausgedehnt, die mit ihren Beiträgen Horizont und Perspektiven des ECLN wesentlich erweitern. Im Übrigen wurden neue Mitglieder insbesondere aus Mitgliedstaaten aufgenommen, die bislang noch nicht vertreten waren. Damit sind seit 2010 am Netzwerk beteiligt:

Prof. Dr. Mads Andenas, Domus Nova, Faculty of Law, University of Oslo, Norwegen

Prof. Dr. José María Beneyto Pérez, Universidad San Pablo-CEU, Madrid, Instituto de Estudios Europeos, Spanien

Prof. Dr. Arthur Benz, Fernuniversität Hagen, Institut für Europäische Verfassungswissenschaften, Deutschland

Prof. Dr. Fredrik Bergström, Professor für Europarecht, Uppsala University, Schweden

Prof. Dr. George A. Bermann, Columbia Law School, Centre for European Studies, USA

Prof. Dr. Roland Bieber, Université Lausanne, Centre de Droit comparé et européen, Schweiz

Prof. Dr. Stanislaw Biernat, Jagiellonian University Cracow, Chair of European Law, Polen

Prof. Dr. Armin von Bogdandy, Max Planck Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Deutschland

Prof. Dr. Giacinto della Cananea, Professur für Verwaltungsrecht, Fakultät für politische Wissenschaften, Universität Neapel, Italien

Prof. Dr. Florence Chaltiel, IEP Grenoble, Chargé de cours Science po Paris, Frankreich

Prof. Dr. Vlad Constantinesco, Université Robert Schumann, Strasbourg, Centre d' Etudes internationales et européennes, Frankreich

Prof. Dr. Paul Craig, University of Oxford, St. John's College, Vereinigtes Königreich

Prof. Dr. Deirdre Curtin, Professor für Europarecht, University of Amsterdam und Professor für Internationale und Europäische Governance, University of Utrecht, Niederlande.

Prof. Dr. Emilia Alexandrova Drumeva, Judge at the Constitutional Court of the Republic of Bulgaria, Sofia, Bulgarien

Prof. Dr. Alan Dashwood, University of Cambridge, Centre for European Legal Studies, Vereinigtes Königreich

Prof. Dr. Jacqueline Dutheil de la Rochère, Université Paris II Panthéon-Assas, Centre de Droit Européen, Frankreich

Prof. Dr. Tom Eijsbouts, Professor für Europarecht, Chair of European Institutional Law, Universität Leiden, Niederlande

Prof. Dr. Elena Gricenko, Chair of State and Administrative Law, Faculty of Law on Saint-Petersburg State University, Russland

Prof. Dr. Stefan Griller, Fachbereich öffentliches Recht. Verfassungs- und Verwaltungsrecht Universität Salzburg, Österreich

Prof. Dr. Ana Maria Guerra Martins, Faculdade de Direito da Universidade de Lisboa, Richterin am portugiesischen Verfassungsgericht, Portugal

Prof. Dr. Julia Illiopoulos-Strangas, School of Economics and Political Sciences, Department of Public Law at the Faculty of the University of Athens, Griechenland

Prof. Dr. Christine Kaddous, Université de Genève, Jean Monnet Chair, Director of the Centre d'études juridiques européennes, Schweiz

Prof. Dr. Henning Koch, København Universitet, Det Juridiske Fakultet, Professor of Constitutional Law, Director of the Centre for European Constitutionalization, Dänemark

Prof. Dr. Dr. Juliane Kokott LL.M (S.J.D.), Generalanwältin am Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg

Prof. Dr. Antonio Lopez Pina, Universidad Complutense de Madrid, Spanien

Prof. Dr. Dr. h.c. Jean-Victor Louis, Professor emeritus, Université Libre de Bruxelles, Institut d' Etudes Européennes, Belgien

Prof. Dr. Paul Magnette, Minister für Klima und Energie, ehem. Direktor des Institut d' Etudes Européennes Université Libre de Bruxelles, Belgien

Prof. Dr. Franz C. Mayer, Juristische Fakultät Universität Bielefeld, Deutschland

Prof. Dr. Roberto Miccù, Università Degli Studi Di Roma „La Sapienza“, Dipartimento di Diritto dell'economia, Facoltà di Economia, Italien

Prof. Dr. Andrew Moravcsik, Chair of Politics and International Affairs, department of Politics and Woodrow Wilson school, Princeton University, USA

Prof. Dr. Tuomas Ojanen, University of Helsinki, Department of Public Law, Finnland

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice, Humboldt Universität zu Berlin, Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Deutschland

Prof. Dr. Miguel Poaires Maduro, ehem. Generalanwalt am EuGH, Europäisches Hochschulinstitut Florenz, Italien

Prof. Dr. Hjalte Rasmussen, København Universitet, Det Juridiske Fakultet, Dänemark

Prof. Dr. Sinisa Rodin, University of Zagreb, Jean Monnet Chair, Kroatien

Prof. Dr. Andras Sajo, ehem. Central European University, Budapest, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Frankreich

Prof. Dr. Jo Shaw, Edinburgh Law School, Salvesen Professor of European Institutions, Vereinigtes Königreich

Prof. Dr. Francis Snyder, London School of Economics and University of Aix-Marseille III, Vereinigtes Königreich

Prof. Dr. Evgeni Petrov Tanchev, New Bulgarian University, Sofia, President of the Constitutional Court of the Republic of Bulgaria, Bulgarien

Prof. Dr. Vilenas Vadapalas, Faculty of Law, Vilnius University, Jean Monnet Chair of the European Union Law, Richter am Gericht (EuG), Luxembourg

Prof. Dr. Joseph H. H. Weiler, New York University, School of Law - Jean Monnet Center, USA

Prof. Dr. Bruno de Witte, Professor of European Law at Maastricht University (The Netherlands), and Visiting Fellow of the Robert Schuman Centre at the European University Institute, Florence

Prof. Dr. Mirosław Wyrzykowski, Universität Warschau, Centre for Constitutional and Legal Affairs, Richter am polnischen Verfassungsgericht a.D., Polen

Prof. Dr. Jiri Zemanek, Charles University of Prague, Department of European Law, Tschechien

Betreuung seitens des WHI: Dr. Mattias Wendel, Maître en droit (Paris 1)

Weitere Informationen zum ECLN sind unter <http://www.ecln.net> zu finden. Hier besteht auch die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme.

Weitere Kooperationspartner des WHI

Das Walter Hallstein-Institut arbeitet mit einer Reihe von weiteren Kooperationspartnern in Deutschland zusammen. Hierzu gehören das Institut für Europäische Politik (Berlin), die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, Berlin), die Bertelsmann-Stiftung (Gütersloh) sowie die Institute für Europäische Verfassungswissenschaften der Fernuniversität Hagen und für Europarecht der Universität Fribourg.

Das WHI dankt auch für die gute Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer-Stiftung, der Friedrich Ebert-Stiftung, der Heinrich Böll-Stiftung und der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung.

4. Forum Constitutionis Europae (FCE)

Als Diskussionsforum zum Europäischen Verfassungsrecht und zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Europa, in dem Wissenschaftler, Politiker, Richter und hohe Beamte als Referenten zu Wort kommen, ist das FCE zu einer Institution im Zentrum Berlins geworden. Die Vortragsreihe gehört seit Mitte 1998 zu den Hauptaktivitäten des Instituts. Seit 1999 wird sie freundlicherweise durch die Robert Bosch Stiftung (RBSG) gefördert, seit April 2003 ist das FCE ein gemeinsames Projekt von WHI und RBSG. Das breit gefächerte Spektrum der Vorträge eröffnet fruchtbare und an der aktuellen Entwicklung ausgerichtete Perspektiven und vermittelt Anregungen für Studierende, Politiker und Wissenschaft. Die Vorträge werden unmittelbar nach dem Vortragstermin im Volltext auf den Internet-Seiten des WHI veröffentlicht.

Die einzelnen Vorträge des FCE stehen für jeweils zwei Semester unter einem Rahmenthema. Es lautete für die Veranstaltungen im Wintersemester 2009/2010 „Die Europäische Union als internationaler Akteur“ und im Wintersemester 2010/2011 „EU als Solidargemeinschaft. Transformation durch Krise?“.

Die wissenschaftliche Betreuung des FCE verantwortet Rüdiger Schwarz. Unterstützt wurde er zunächst von Christiane Müller, mittlerweile von Georgi Batoev. Durch ihre tatkräftige Mithilfe hat auch Frau Gabriele Müller für ein Gelingen der Vortragsreihe gesorgt.

Im FCE sprachen 2010 unter den oben genannten Rahmenthemen:

FCE 1/10

Referent: Prof. Dr. **Carl Otto Lenz**,

Generalanwalt des EuGH, a.D., ehemaliger Vorsitzender des Rechtsausschusses und der Europakommission des Deutschen Bundestages

Vortragstitel:

Zum Verhältnis des BVerfG zu Europa und seinen Gerichten



Prof. Dr. Carl Otto Lenz

FCE 2/10

Referent: **Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé**, Aussenminister des Königreichs Spanien
Vortragstitel: The EU as a Global Actor

FCE 3/10

Referent: Prof. **Miguel Poiars Maduro**, Director of the Global Governance Programme,
European University Institute
Vortragstitel: Passion and Reason in European Integration

FCE 4/10

Referent: Prof. Dr. Dr. **Klaus W. Grewlich**, LL.M., Botschafter a.D.
Vortragstitel: Anspruch und Praxis der EU-Zentralasienstrategie. Pipelines, Drogen, Kampf
ums Wasser

FCE 5/10

Referent: **George Soros**, Chairman des Soros Fund Managements und Gründer des Open
Society Institutes
Vortragstitel: Europe in Crisis

FCE 6/10

Referent: Prof. em. **Jean-Victor Louis**, Université Libre de Bruxelles
Vortragstitel: Managing Public Finances. Lessons and Perspectives fort he EU and the Euro
Area

* **5. Humboldt-Reden zu Europa (HRE)** *

Am 12. Mai 2000 hatte Bundesaußenminister Joschka Fischer an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Grundsatzrede zur Europäischen Integration gehalten, in der er seine Gedanken über eine „Europäische Föderation“ entwickelte. Infolge der großen Resonanz auf diese Rede entstand die Idee, die Humboldt-Universität zu Berlin in besonderer Weise als Ort der perspektivischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Grundfragen der Europäischen Integration auszuweisen.

Die Deutsche Nationalstiftung und die Humboldt-Universität zu Berlin, hier das Walter Hallstein-Institut, haben daher die Reihe „Humboldt-Reden zu Europa“ (HRE) ins Leben gerufen, die abseits der Tagespolitik zu einem lebendigen öffentlichen Diskurs über die weiteren Perspektiven der Europäischen Union beitragen soll. In unregelmäßigen Abständen sprechen ehemalige oder amtierende Staats- und Regierungschefs oder Präsidenten europäischer oder internationaler Institutionen über ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas. Im Jahre 2010 fanden folgenden Veranstaltungen statt:

Am 10. März sprach der französische Ministerpräsident **François Fillon** über „Die Europäische Union im Dienste des Wachstums“.

Am 22. März folgte die Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments **Jerzy Buzek** zum Thema: „Die Europäische Union nach Lissabon. Wie viel Europa brauchen die Bürger?“.



Jerzy Buzek
Präsident des Europäischen Parlaments

„Kritik an der heutigen Form der europäischen Integration“ äußerte Prof. Dr. **Václav Klaus**, Präsident der Tschechischen Republik, im Rahmen seiner Rede am 29. April.



Prof. Dr. Václav Klaus
Präsident der Tschechischen Republik

Den Abschluss der diesjährigen Humboldt-Reden 2010 machte am 25. Oktober der ehemalige portugiesische Staatspräsident **Jorge Sampaio** zum Thema: „European Diver Cities – challenges of cultural diversity, multicultural citizenship and interethnic cities in Europe“.



Jorge Sampaio
Ehem. Präsident der Portugiesischen Republik

Die Humboldt-Reden zu Europa sind auf der Webseite des WHI in Textform und als Audioformat zugänglich. Seit 2007 werden sie auch in Buchform von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice herausgegeben. Band 1 der neuen Reihe "Europa Visionen" erschien 2007 im Berliner Wissenschafts-Verlag).



Dank der freundlichen Zusammenarbeit und Unterstützung der Kooperationspartner der Europäischen Kommission Vertretung in Deutschland und der Deutschen Post AG kann die Redenreihe, die sehr erfolgreich von Gabriele Müller betreut wird, weiter fortgesetzt werden. Besonderen Dank schulden wir in diesem Jahr zudem dem Europäischen Parlament, durch dessen Unterstützung der Vortrag Jerzy Buzeks erst möglich wurde.

☆ 6. Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates“

Das Berliner Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft?“ – „Multilevel Constitutionalism: European Experiences and



Einführungswochenende der neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten, 2009

Global Perspectives“ ist Fragen der Geltung des Rechts und einer Konstitutionalisierung auf globaler Ebene vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen gewidmet. Es wurde auf Antrag der Humboldt-Universität im April 2006 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Dauer von 4 ½ Jahren eingerichtet und 2010 um einen weiteren Zeitraum von 4 ½ Jahren bis 2015 verlängert. Sprecher des Kollegs ist Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice, auf dessen Initiative das Projekt beruht. Trägerinnen und Träger des Graduiertenkollegs sind im Übrigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der

Humboldt-Universität, der Freien Universität zu Berlin sowie der Universität Konstanz. Der Erfolg der Antragstellung und des Aufbaus des Kollegs ist der intensiven Mitarbeit von Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. zu verdanken, der von April 2006 bis April 2008 als Koordinator das Kolleg betreut hat. Im Anschluss waren Dr. Miroslav Angelov und Dr. Anne Faber wissenschaftliche Koordinatoren des Graduiertenkollegs und erarbeiteten den 2009 eingereichten Verlängerungsantrag. Während ihres Mutterschaftsurlaubes von August 2010 bis Frühjahr 2011 wurde Dr. Anne Faber von Dr. Christian Volk vertreten. Im Januar 2010 trat Frau Dr. Ann-Katrin Kaufhold die Nachfolge von Dr. Miroslav Angelov an. Sie war maßgeblich an der erfolgreichen Durchführung des DFG-Berichtskolloquiums im März 2010 beteiligt. Im Dezember 2010 übernahm schließlich Johanna Sprondel die Koordination in Nachfolge von Dr. Anne Faber.

Im Herbst 2009 löste die zweite Generation Promovierender die erste Generation ab. Den damals insgesamt 15 Stipendiatinnen und Stipendiaten und vier assoziierten Doktorandinnen und Doktoranden aus der Rechts-, Politik- und Geschichtswissenschaft folgen bisher wiederum 15 Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie bislang ein assoziierter Doktorand. Für weitere assoziierte Kollegiaten aus dem In- oder Ausland steht das Kolleg noch offen. Außerdem wird der wissenschaftliche Austausch stets durch kurzzeitige Gastkollegiatinnen und -kollegiaten bereichert.

Das Kolleg bietet Rahmen und Anleitung zur Forschung im engen Gespräch der Kollegiatinnen und Kollegiaten untereinander sowie mit hochqualifizierten und engagierten Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Die vorwiegend rechtswissenschaftliche Ausrichtung wird durch die Einbindung von Historikern und Politikwissenschaftlern interdisziplinär flankiert.

Grundthema des Graduiertenkollegs sind die juristischen Konsequenzen aus der zunehmenden Verdichtung und Vernetzung der Beziehungen der Menschen infolge der Globalisierung und die Rolle des Rechts als Instrument für die Wahrung des Friedens zwischen Menschen, Völkern und ihren Staaten. Die Analyse der Entwicklung der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft führte zu der Frage, ob und inwieweit das Konzept der Rechtsgemeinschaft global weitergedacht werden kann. Europa kann Modell, aber auch Kontrapunkt zur Entwicklung einer globalen Rechtsordnung sein. Die Rolle des Staates als zentraler Ordnungsfaktor erscheint auch in einem globalen Mehrebenensystem als unverzichtbar, sie ist im Lichte eines „multilevel constitutionalism“ oder anderer neuer theoretischer Ansätze aber auch Änderungen unterworfen. Um diese Thematik ranken sich die Forschungsthemen der aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählten Stipendiaten.

Grakov-Konferenzen

Im Jahr 2010 fand vom 26. – 28. November im Rahmen des Graduiertenkollegs eine Herbstkonferenz auf Schwanenwerder zum wissenschaftlichen Austausch der Doktorandinnen und Doktoranden und der Mitwirkenden des Kollegs statt.

Wissenschaftliches Begleitprogramm

Zu den Angeboten des Graduiertenkollegs gehört außerdem die Organisation eines anspruchsvollen wissenschaftlichen Begleitprogramms. Neben den regelmäßig stattfindenden Fortschrittsberichten und Literaturkreisen steht im Vordergrund eine Gastvortragsreihe, die regelmäßig in der WHI-Bibliothek stattfindet und Gästen jederzeit zur Teilnahme offen steht. Im Jahr 2010 traten in diesem Rahmen folgende Gäste auf:

- 06. Januar: Prof. Dr. Dr. Günter Frankenberg, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: "Verfassungsvergleich als praktizierte IKEA-Theorie"
- 18. Januar: Prof. Dr. Christoph Menke, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: "Das Subjekt der Rechte"
- 28. Januar: Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Stolleis, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und Max-Planck Institut für europäische Rechtsgeschichte: "Vormodernes und postmodernes Recht - strukturelle Entsprechungen oder: nichts wiederholt sich."
- 03. Februar: Dr. Reut Paz, Concord Research Center for Integration of International Law in Israel: "From Vienna & Coburg to the Pure Theory of Law and International Relations: The Jewish Experiences of Hans Kelsen and Hans J. Morgenthau."
- 05. Februar: Prof. Dr. Deirdre Curtin, Universität Amsterdam: "Accumulated Executive Power of the EU: The Quest for Accountability"
- 08. Februar: Prof. Dr. Anne Peters, Universität Basel: "Konstitutionalisierung des Internationalen Rechts"

- 11. Februar: PD Dr. Regina Kreide, New School for Social Research (New York) und Justus-Liebig-Universität Gießen: "Ambivalenzen transnationaler Verrechtlichung"
- 28. April: Prof. Dr. Gerd Seidel, Humboldt-Universität zu Berlin: "Der Kampf gegen Piraterie und maritimen Terrorismus aus völkerrechtlicher und gemeinschaftsrechtlicher Sicht"
- 05. Mai: Dr. Matthias Kötter, Freie Universität Berlin: "Sicheres Recht in Räumen begrenzter Staatlichkeit?"
- 12. Mai: Prof. Dr. Michael Wilkinson, London School of Economics: "European Constitutionalism: An Idea Whose Time Has Come... And Gone?"
- 26. Mai: Dr. Kai von Lewinski, Humboldt Universität zu Berlin: "Griechenland-Krise und die EU - Lösung innerhalb der Verträge, jenseits der Verträge oder von den Verträgen?"
- 01. Juni: Dr. Elaine Fahey, European University Institute, Florenz: "Jagged-edged jigsaw: The boundaries of constitutional differentiation and Irish-British-Euro relations after the Treaty of Lisbon"
- 02. Juni: Prof. Dr. Hauke Brunkhorst, New School for Social Research, Universität Flensburg: "Düstere Aussichten - Die Zukunft der Demokratie in der Weltgesellschaft"
- 30. Juni: Prof. Dr. Armin von Bogdandy, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg: "Grundprinzipien des Unionsrechts"
- 14. Juli: Prof. Dr. Christoph G. Paulus, LL.M., Humboldt Universität zu Berlin: "Europa als Testdrive für ein Staateninsolvenzverfahren"
- 20. Oktober: Prof. Dr. Anne van Aaken, Universität St. Gallen: "Prudence or Discrimination? Emergency Measures, the Global Financial Crises and International Economic Law"
- 29. – 30. Oktober: Rhetorik-Kurs unter der Leitung von Pamela Luckau
- 03. November: Prof. Kim Scheppele, Princeton University: "Global Security Law and the Challenge to Constitutionalism after 9/11"
- 17. November: Prof. Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin: "Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Strafrecht seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon"
- 02. Dezember: Prof. Dr. Joseph H. H. Weiler, New York University: "How to write a doctoral thesis"

Über Einzelheiten sowie bisherige und zukünftige Veranstaltungen des Graduiertenkollegs informiert die Webseite des Kollegs: www.grakov-berlin.eu.

★ ★ ★ ★ ★ 7. Kooperationen mit EU-Institutionen

Das Walter-Hallstein Institut steht in intensivem Kontakt und Austausch mit den Europäischen Institutionen. Neben den Vortragsreihen HRE und FCE findet dieser Austausch in der Form von ad-hoc-Veranstaltungen und Besuchen statt.

Am 10. Juni 2010 etwa fand ein Workshop mit dem Ausschuss des Europäischen Parlaments für konstitutionelle Fragen in der Bibliothek des Walter Hallstein-Instituts statt. Zum Thema „Democracy on EU-level, sovereignty and national (constitutional) identity“ tauschten sich hier die Angehörigen des Ausschusses und Forschende der Humboldt-Universität rege aus.

Am 6. und 7. September 2010 war Prof. Pernice zum 4. Luxemburger Expertenforum zur Entwicklung des Unionsrechts am EuGH in Luxembourg über das Thema „Herausforderungen für den Rechtsschutz der Union: Fortentwicklung der Unionsgerichtsbarkeit, des Grundrechtsschutzes und der Wettbewerbsaufsicht“ geladen. Sein Beitrag lautete: „Die Zukunft der Unionsgerichtsbarkeit. Zu den Bedingungen einer nachhaltigen Sicherung effektiven Rechtsschutzes im Europäischen Verfassungsverbund“.

Ebenfalls im Jahre 2010 beriet Prof. Pernice zudem die Europäische Zentralbank zu Fragen der Verfassungsbeschwerde gegen die Beschlüsse zum EU-Rettungsschirm vor dem Bundesverfassungsgericht.

★ 8. Transfer der wissenschaftlichen Tätigkeiten des WHI

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Veröffentlichungen

Europa vermitteln im Diskurs - Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit, Forum Constitutionis Europae - Band 11, Baden-Baden: Nomos 2010, (Hrsg., zusammen mit Lars Otto).

Kommentierung der Art. 23 Abs. 1a und Art. 45 GG, in: Horst Dreier (Hrsg.): Grundgesetz Kommentar, 2. Auflage, Supplementum 2010.

Costa/ENEL and Simmenthal, Primacy of European Law, in: Miguel Poiarés Maduro/Loic Azoulai (Hrsg.): The Past and Future of EU Law: The Classics of EU Law Revisited on the 50th Anniversary of the Rome Treaty, Oxford: Hart 2010, S. 47-59.

La Rete Europea di Costituzione. Der Europäische Verfassungsverbund und die Netzwerktheorie, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht [ZaöRV] 70 (2010), S. 51-71, auch veröffentlicht als WHI-Paper 01/2010.

Die Zukunft des Europarechts. Zwischen Revolution und Alltag, in: Stefan Grundmann u.a. (Hrsg.): Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin: De Gruyter 2010, S. 1361-1376.

Editorial: Herren der Verfassung? Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW] 2010, S. 321.

Potenziale europäischer Politik nach Lissabon – Europapolitische Perspektiven für Deutschland, seine Institutionen, seine Wirtschaft und seine Bürger, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW] 2010, S. 407-413 (zusammen mit Steffen Hindelang).

Does Europe need a Constitution? Achievements and Challenges after Lisbon, in: A. Arnall/C. Barnard/M. Dougan/E. Spaventa (Hrsg.): A Constitutional Order of States? Essays in EU Law and Honour of Alan Dashwood, Oxford: Hart 2010, auch veröffentlicht als WHI-Paper 02/2010.

Verfassungsverbund, in: Claudio Franzus/Franz Mayer/Jürgen Neyer (Hrsg.): Strukturfragen der Europäischen Union. Recht und Politik für das Europäische Gemeinwesen, Recht und Politik in der Europäischen Union Band 1, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 102-118.

Die Zukunft der Unionsgerichtsbarkeit. Zu den Bedingungen nachhaltiger Sicherung effektiven Rechtsschutzes im Europäischen Verfassungsverbund, Europarecht [EuR] 2011, Heft 2, im Erscheinen.

Motor or Brake for European Policies? Germany's new role in the EU after the Lisbon-Judgment of ist Federal Constitutional Court, in: José María Beneyto/Ingolf Pernice: Europe's Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law of National Constitutional Courts. Lisbon and Beyond, 2011, im Erscheinen.

Buchbesprechung: Peter Axer, Bernd Grzeszick, Wolfgang Kahl, Ute Mager und Ekkehart Reimer (Hrsg.): Das Europäische Verwaltungsrecht in der Konsolidierungsphase. Systembildung - Disziplinierung – Internationalisierung, Die Verwaltung Beiheft 10, Berlin: Duncker & Humblot 2010, in: Die Verwaltung 2011, im Erscheinen.

Antwort auf die Frage: „Ist das Euro-Rettungspaket mit dem EU-Recht vereinbar?“ Eine Position in: Auftrieb oder Absturz. Europa. Sind die Euro-Hilfspakete ökonomisch sinnvoll und mit dem EU-Recht vereinbar? Vier Positionen, Das Parlament Nr. 20 v. 17.5.2010.

Verfassung: Können die Richter die Hilfe stoppen? Gastbeitrag zu den Finanzhilfen für Griechenland, Handelsblatt vom 26. 4. 2010.

Griechenland in Not – Rettung statt Rausschmiss, Gastbeitrag für die FAZ vom 25. März.

Vorträge

3. Dezember: Laudatio bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Prof. Joseph Weiler

23. Oktober: "Perspectives of Constitutionalism in the EU after Lisbon and Karlsruhe", Vortrag im Rahmen der LAPA 10 Years Conference, Princeton University, Princeton.

18. Oktober: Vortrag im Bundesrat zum Subsidiaritätsprinzip, Berlin.

8. Oktober: „Motor or Brake on European Policies? Germany's new Shape after Lisbon.“ Vortrag im Rahmen der 8. ECLN Konferenz zum Thema: „Europe's constitutional challenges in the light of the recent case law. Lisbon and Beyond“, CEU San Pablo University, Madrid.

6. - 7. September: „Die Zukunft der Unionsgerichtsbarkeit. Zu den Bedingungen einer nachhaltigen Sicherung effektiven Rechtsschutzes im Europäischen Verfassungsverbund“, Vortrag beim Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg.

Interviews

10. Januar (2011): „Mediengesetz gefährdet Ungarns Autorität“, Interview für euractiv.de

27. Mai: Runder Tisch auf Einladung des spanischen Botschafters anlässlich der spanischen EU –Ratspräsidentschaft, Berlin.

1. März: „Gefährdet Griechenland den Euro“, Interview für das ZDF, Redaktion WISO, Berlin.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachgespräche, Anhörungen

30. November: Europapolitisches Kamingsgespräch zum Thema: „Bilaterale Konflikte in der EU: Zeit für ein Schiedsgericht?“, veranstaltet von der Europäischen Akademie Berlin und Gunther Krichbaum, MdB, Berlin.

29. November: 2. Arbeitstreffen der Arbeitsgruppe „Europa auf allen Ebenen“, Bertelsmann Stiftung, Berlin.

10. September: Workshop mit der Robert-Bosch-Stiftung zum Thema: „The European Union - Coping with the Financial Crisis“ im Rahmen des Bellevue-Programms, Berlin.

10. Juni: Workshop mit dem Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten des Europäischen Parlaments zum Thema: „Democracy on EU-level, sovereignty and national (constitutional) identity“, Humboldt-Universität zu Berlin.

27. Mai: „Auf Wiedersehen, Nizza! Willkommen, Lissabon! Die Europäische Union auf dem Weg zu mehr Demokratie?“ organisiert von der Friedrich-Naumann-Stiftung, Hessische Landesvertretung Berlin.

5. Mai: Teilnahme als Sachverständiger an der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag zu den Finanzhilfen für Griechenland

30. März: Teilnahme und einleitende Ausführungen beim Europarechtlichen Symposium zu Chancen und Risiken für das soziale Europa nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Böckler-Stiftung, Berlin.

16. März: Fachgespräch mit dem französischen Botschafter zum Thema „Europäische Währungsunion und Verfassungsbedingungen für einen europäischen Währungsfond“, Spanische Botschaft, Berlin.

Beratertätigkeiten

Kurzgutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zum Thema: „Die Sicherstellung des Schutzes deutscher Auslandsinvestitionen nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages – Zukunftsperspektiven für bestehende deutsche bilaterale „Investitionsförder- und Schutzverträge“ („IFVs“)“ (zusammen mit Steffen Hindelang).

Rechtsgutachten für die Hans-Böckler-Stiftung zum Thema: „Europäische Sozial- und Steuerpolitik nach dem Urteil des BVerfG vom 30.6.2009 zum Vertrag von Lissabon“.

Beratung der Europäischen Zentralbank bzgl. der Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Beschlüsse zum EU-Rettungsschirm.

Prof. Dr. Michael Kloepfer

Veröffentlichungen

Netzneutralität und Presse-Grosso in der Informationsgesellschaft, Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht [AfP] 2010, S. 120 – 127.

Möglichkeiten und Grenzen paktierter Gesetzgebung am Beispiel des Atomrechts, Kolloquium Marburger, 2010, im Druck.

Gesetzgebungsoutsourcing: Zur Erstellung von Gesetzentwürfen insbes. durch Rechtsanwälte, 2010, im Druck.

Gesetzgebungsoutsourcing – Gesetzgebung durch Rechtsanwälte?, im Druck.

Netzneutralität in der Informationsgesellschaft, im Druck.

Verfassungsrecht Bd. 2 Grundrechte, Beck: München 2010, 658 S.

Informationsgesetzbuch (IGB - ProfE), Duncker & Humblot: Berlin 2009, (zusammen mit Friedrich Schoch und Hansjürgen Garstka), in Drucklegung.

Vorträge

15. Dezember: Moderation, Tagung „Netzneutralität in der Informationsgesellschaft“, FZT, Humboldt-Universität zu Berlin

24. September: Moderation, Tagung „Gesetzgebungsoutsourcing“, IGV, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale)

Veröffentlichungen

Strukturfragen der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos 2010 (Hrsg., mit Claudio Franzius und Jürgen Neyer).

Der Vertrag von Lissabon im Überblick, Juristische Schulung [JuS] 2010, S. 189-195.

Rashomon in Karlsruhe, Neue Juristische Wochenschrift [NJW] 2010, S. 714-719.

Rashomon à Karlsruhe, Revue trimestrielle de droit européen [RTDE] 2010, S. 77-92.

Rashomon in Karlsruhe - A reflection on Democracy and Identity in the European Union. The German Constitutional Court's Lisbon decision and the changing landscape of European constitutionalism, NYU Jean Monnet Working Paper 5/2010.

Multilevel Constitutional Jurisdiction, in: Armin v. Bogdandy und Jürgen Bast (Hrsg.): Principles of European Constitutional Law. Second Revised Edition, Oxford: Hart Publishing und München: CH Beck und Baden-Baden: Nomos 2010, S. 399-439.

Van Gend en Loos: the foundation of a community of law, in: Miguel Poiares Maduro und Loïc Azoulay (Hrsg.): The Past and Future of EU Law. The Classics of EU Law Revisited on the 50th Anniversary of the Rome Treaty, Oxford: Hart Publishing 2010, S. 16-25.

Europarechtsfreundlichkeit und Europarechtsskepsis in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht, in: Thomas Giegerich (Hrsg.): Der „offene Verfassungsstaat“ des Grundgesetzes nach 60 Jahren. Anspruch und Wirklichkeit einer großen Errungenschaft, Berlin: Duncker und Humblot 2010, S. 237-271.

Grundrechtsschutz und rechtsstaatliche Grundsätze (Nach Art. 6 EUV), in: Eberhard Grabitz, Meinhard Hilf und Martin Nettesheim (Hrsg.): Das Recht der Europäischen Union, 41. Ergänzungslieferung Oktober 2010, Loseblatt, München: Verlag C.H. Beck 2010, 140 S.

Art. 19 EUV (Der Gerichtshof. Wahrung des Rechts), in: Eberhard Grabitz, Meinhard Hilf und Martin Nettesheim (Hrsg.): Das Recht der Europäischen Union, 41. Ergänzungslieferung Oktober 2010, Loseblatt, München: Verlag C.H. Beck 2010, 40 S.

Diskussionsbeitrag, in: VVDStRL 69 (2010), S. 243-244 (Beratungsgegenstand: Gemeinwohl durch Wettbewerb?).

Vorträge

15. Dezember: „Europarechtliche Vorgaben zur Netzneutralität“, Vortrag im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung „Netzneutralität in der Informationsgesellschaft“ des Forschungszentrums Technikrecht, Humboldt-Universität zu Berlin.

26. November: „Der Stand der Dinge im Europäischen Verfassungsrecht“, Vortrag im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Verfassung jenseits des Staates: Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft“ der Humboldt-Universität zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder.

17. November: „Außenpolitische Interessen aus rechtlicher Sicht – blinde Flecken des Verfassungsrechts?“, Vortrag im Rahmen der XIX. Reihlen-Vorlesungen 2010 „Was sind legitime außenpolitische Interessen?“, Humboldt-Universität zu Berlin.

6. Mai: „Lissabon-Vertrag und Lissabon-Urteil – Was nun?“, Vortrag im Rahmen der Mitgliederversammlung des Vereins für Europäisches Verfassungsrecht, Humboldt-Universität zu Berlin.

Interviews

6. Oktober: „Völkerrecht – Drohnen auf Deutsche, US-Angriff in Pakistan“ (Rebecca Link) Interview für die Sendung DRadio Wissen, Deutschlandradio.

20. September: „Umstrittene Sperrklausel. War die Europawahl 2009 verfassungswidrig? Das soll jetzt das Bundesverfassungsgericht klären“, Interview für Das Parlament Nr. 38 v. 20. September 2010.

6. September: „Ende der Freizügigkeit – Frankreich weist Roma aus“ (Till Opitz), Interview für die Sendung DRadio Wissen, Deutschlandradio.

3. Mai: „Hilfe ist nicht verboten. Der Rechtsprofessor Franz Mayer räumt wahrscheinlichen Klagen gegen Griechenland-Kredite keine Chancen ein“, Interview für die Tageszeitung (TAZ) v. 3. Mai 2010, S. 2 (= „Hilfen sind weder erzwingbar noch verboten“, *Badische Zeitung* v. 29.4.2010 = „Hilfe ist nicht verboten“, *Märkische Allgemeine* v. 30.4.2010).

26. März: „Währungsunion bedarf einiger Nachbesserungen“ (Bettina Klein), Interview für die Sendung „Informationen am Mittag“, Deutschlandfunk.

25. März: Interview für die Berichterstattung von Bloomberg News über die deutsche Position und europarechtliche Fragen zur Wirtschaftskrise in Griechenland von Karin Matussek

23. März: „Der Berliner Horchposten“, Interview für die Stuttgarter Nachrichten.

Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London)

Veröffentlichungen

Migrationsverwaltungsrecht, Jus publicum Bd. 188, Tübingen: Mohr Siebeck 2010.

Integrationsziel europäische Armee? Verfassungsrechtliche Grundlagen der deutschen Beteiligung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), *Europarecht [EuR]* Beiheft I/2010, S. 171–191.

Zwischen „Krieg“ und „Frieden“: Rechtsmaßstäbe für operatives Handeln der Bundeswehr im Ausland, *Die Öffentliche Verwaltung [DÖV]* 2010, S. 621–630.

Art. 8 EUV (Nachbarschaftspolitik), Art. 77-80 AEUV (Grenzschutz, Einwanderung und Asyl) und Art. 222 AEUV (Solidaritätsklausel), in: Eberhard Grabitz/Meinhard Hilf/Martin Nettesheim (Hrsg.): *Das Recht der Europäischen Union*, München: C.H. Beck, Loseblatt.

Art. 33 TEU (EU Special Representatives), Art. 38 (Political and Security Committee) und Art. 42 Abs. 7 (Mutual Defence), in: Hermann-Josef Blanke/Stelio Mangiameli (Hrsg.): *Commentary on the Treaty on European Union*, Berlin: Springer 2010/11 (in Druck).

Vorträge

12. –14. November: „Einwanderungsblockaden im Arbeitsmarktregime?“, Herbsttagung des Netzwerks Migrationsrecht: "Ist Deutschland noch ein Einwanderungsland?", Stuttgart-Hohenheim.

6. – 8. Oktober: „The Lisbon-Judgment of the German Constitutional Court“, ECLN European Constitutional Law Network Conference: "The EU at a Turning point – Lisbon and Beyond", Instituto Universitario de Estudios Europeos, Madrid.

29. September bis 2. Oktober: „Freizügigkeit in Europa als Modell? EU-Migrationspolitik zwischen Offenheit und Abschottung“, Gesprächskreis Europäisches Verfassungsrecht der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer e.V., Berlin.

29. Juni: „Völkerrechtliche Restitutionspflichten von Beutekunst“, Studium generale der Universität Tübingen: Raub und Restitution von Kunst, Tübingen.
14. Juni: „Die Bewältigung der aktuellen Staatsschuldenkrise: Völkerrechtliche Ausrichtung, unionsrechtliche Bewertung und staatsrechtliche Kontrolle“, Vortrag an der Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftlichen Sektion der Universität Konstanz, Konstanz.
- 26.-28. März: „Towards International Migration Management?“, Transatlantic Exchange for Academics in Migration Studies TEAMS Workshop No. 4: "Population, Integration and Law: Implications for Immigration Policy", Center for Comparative Immigration Studies, University of California, San Diego.
18. - 19. März: „Common Security and Defence Policy: Collective Defence and the Intergovernmental EU Executive“, Vortrag im Rahmen der Konferenz "Union's External Action and the CFSP after The Treaty of Lisbon", Rom.
26. - 27. Februar: „Changing Market Regulations in the Era of Globalization (Panel Chair)“, Vortrag im Rahmen des Eighth International Workshop for Young Scholars WISH: "The Visible Hand – European and Global Perspectives on Financial Market Regulation", École Supérieure des Sciences Commerciales d'Angers (ESSCA), Angers/Frankreich.
2. Februar: „Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung und Niederlassung im Zeitalter der Dienstleistungs-Richtlinie“, Vortrag an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Leopold-Franzens-Universität, Innsbruck.
13. Januar: „Konkurrierende Rechtsmaßstäbe für Bundeswehreinsätze im Ausland“, Vortrag am Europa-Institut der Universität des Saarlandes, Saarbrücken.
7. Januar: „Zur Rekonstruktion der Grundfreiheiten durch die Dienstleistungs-Richtlinie“, Vortrag an der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg, Regensburg.

Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)

Veröffentlichungen

Internationaler Investitionsschutz und Europarecht, Baden-Baden: Nomos 2010 (Hrsg., zusammen mit Marc Bungenberg und Joern Griebel).

International Investment Law and EU Law, Sonderheft zum European Yearbook of International Economic Law, Berlin: Springer 2011 (Hrsg., zusammen mit Marc Bungenberg und Jörn Griebel).

Die Gemeinsame Europäische Investitionspolitik – Alter Wein in neuen Schläuchen? Basis und Entwicklungslinien der Unionskompetenz zur Regelung ausländischer Investitionen, in: Marc Bungenberg, Jörn Griebel and Steffen Hindelang (Hrsg.): Internationaler Investitionsschutz und Europarecht” Baden-Baden: Nomos 2010, S. 11-80 (zusammen mit Niklas Maydell).

The EU's Common Investment Policy – Connecting the Dots – Origins, Trends, and Perspectives, in: Marc Bungenberg, Jörn Griebel and Steffen Hindelang (Eds.): International Investment Law and EU Law, Special Issue to the European Yearbook of International Economic Law, Berlin: Springer 2011, S. 1-27(zusammen mit Niklas Maydell).

Potenziale europäischer Politik nach Lissabon – Europapolitische Perspektiven für Deutschland, seine Institutionen, seine Wirtschaft und seine Bürger, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW] 2010, Nr. 11, S. 407-413 (zusammen mit Ingolf Pernice).

Gestufte Freiheitsverbürgung? - Art. 63 Abs. 1 AEUV (ex-Art. 56 Abs. 1 EG) im Drittstaatenkontext, Internationales Steuerrecht, 2010, Nr. 12, S. 443 - 448.

Vorträge

18. November: „Voraussetzungen und Perspektiven einer europäischen Investitionsschutzpolitik“, 6. Jahrestreffen des „Gesprächskreises Investitionsrecht und -schiedsgerichtsbarkeit“ zum Thema: „Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im internationalen Investitionsschutzrecht“ in Zusammenarbeit mit der IHK Frankfurt am Main und der Gesellschaft zur Förderung von Auslandsinvestitionen e.V. (GFA), Frankfurt/Main.

28. September: „Der (primär-)rechtliche Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Investitionspolitik“, Arbeitskreis Europäische Integration Berlin in Kooperation mit den Universitäten Siegen und Passau, Thema: „Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union „nach Lissabon““, Berlin.

12. März: „Restitution in International Investment Law“, International Investment Law and General International Law: From Clinical Isolation towards Systemic Integration?, Goethe Universität Frankfurt.

Beratertätigkeiten

Kurzgutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zum Thema: „Die Sicherstellung des Schutzes deutscher Auslandsinvestitionen nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages – Zukunftsperspektiven für bestehende deutsche bilaterale „Investitionsförder- und Schutzverträge“ („IFVs“)“ (zusammen mit Ingolf Pernice).

Diverse Beratertätigkeiten für UK Hedge-Fonds.

Dr. Mattias Wendel, Maîtr. en droit (Paris 1)

Veröffentlichungen

Permeabilität im europäischen Verfassungsrecht. Verfassungsrechtliche Integrationsnormen auf Staats- und Unionsebene im Vergleich, Schriftenreihe Verfassungsentwicklung in Europa Tübingen: Mohr Siebeck 2011, im Erscheinen.

Lisbon Before the Courts: Comparative Perspectives, in: I. Pernice/ J. M. Beneyto Pérez (Hrsg.), Europe's Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law. Lisbon and Beyond, Baden-Baden: Nomos 2011, im Erscheinen.

Multilevel Constitutionalism and constitutional pluralism – querelle allemande ou querelle d'Allemand?, in: M. Avbelj/ J. Komárek (Hrsg.), Constitutional Pluralism in the European Union and Beyond, Oxford: Hart 2011, im Erscheinen (gemeinsam mit Franz C. Mayer).

Examensklausur Europarecht: Gerichtlicher Dialog und gemeinschaftsrechtskonforme Rechtsfortbildung, Juristische Ausbildung, [JURA] 2010, S. 536-541 (gemeinsam mit Patricia S. Stöbener).

Übungsfall: Streit um den Vertrag von Lissabon, Zeitschrift für das juristische Studium [ZJS] 2010, S. 73-85 (gemeinsam mit Patricia S. Stöbener).

Review: The Lisbon Treaty: EU Constitutionalism without a Constitutional Treaty? (edited by Stefan Griller and Jacques Ziller), Common Market Law Review [CMLRev.] Vol. 47 (2010), S. 263-265.

Vorträge

11. – 15. Oktober: „Les jurisprudences ‘Traité de Lisbonne’ du Conseil constitutionnel et du Bundesverfassungsgericht dans une perspective comparatiste“, Vortrag im Rahmen des Rencontres franco-allemandes de jeunes chercheurs en droit international, Pratiques comparées du droit international en France et en Allemagne, Universität Paris 1 und 2.

6. – 8. Oktober: „Lisbon Before the Courts: Comparative Perspectives.“, Vortrag im Rahmen der Achten Konferenz des European Constitutional Law Network (ECLN) zum Thema: „Europe’s Constitutional Challenges in the Light of the Recent Case Law – Lisbon and Beyond“, CEU San Pablo University Madrid.

24. – 26. Juni: „Weichensteller v. Brückenwächter? Die Lissabon-Rechtsprechung von Conseil constitutionnel und Bundesverfassungsgericht in verfassungsvergleichender Perspektive.“, Vortrag im Rahmen des Fünften Deutsch-Französischen Doktorandenseminars zur Rechtsvergleichung im Öffentlichen Recht, Straßburg.

29. April: „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabonner Vertrag und seine Bedeutung für die deutsche Europapolitik.“, Europäische Akademie, Berlin.

Anhörungen

9. Dezember 2010, Expertenanhörung seitens des ungarischen Außenministeriums über Regelungsoptionen zur Neugestaltung des ungarischen Europaverfassungsrechts.

PD Dr. Kai von Lewinski

Veröffentlichungen

Zur Insolvenz der öffentlichen Hand, Die Öffentliche Verwaltung [DÖV] 2010, S. 439–441.

Vorträge

26. Mai: „Griechenland-Krise und die EU – Lösung innerhalb der Verträge, jenseits der Verträge oder von den Verträgen?“ Vortrag im Rahmen des Graduiertenkollegs „Verfassung jenseits des Staates“ (GRAKOV), Berlin.

Edgar Lenski

Veröffentlichungen

Kommentierung des Art. 13 EUV (Organe) sowie der Art. 2 bis 6 AEUV (Kompetenzregeln), in: C. O. Lenz/W.-D. Borchardt, EU-Verträge. Kommentar, 5. Auflage, Köln: Bundesanzeiger-Verlag 2010.

Vorträge

23. März: „Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren“ und „Die Umsetzung von Richtlinien durch Bund und Länder“, Vorträge im Rahmen des Seminars „Politische Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse im Europäischen Mehrebenensystem“, Hessisches Ministerium des Innern, Wiesbaden/Kelkheim.

Patricia Sarah Stöbener, LL.M. (King's College)

Veröffentlichungen

Examensklausur Europarecht: Gerichtlicher Dialog und gemeinschaftsrechtskonforme Rechtsfortbildung, Juristische Ausbildung [JURA] 2010, S. 536-541 (zusammen mit Mattias Wendel).

Übungsfall: Streit um den Vertrag von Lissabon, Zeitschrift für das juristische Studium [ZJS] 2010, S. 73-85 (zusammen mit Mattias Wendel).

Lars S. Otto, LL.M. (LSE)

Veröffentlichungen

Europa vermitteln im Diskurs - Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit, Forum Constitutionis Europae - Band 11, Baden-Baden: Nomos 2010, (Hrsg., zusammen mit Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice).

Europa neu verfasst ohne Verfassung - Chancen und Bedeutung des Vertrags von Lissabon, Forum Constitutionis Europae - Band 10, Baden-Baden: Nomos 2010 (Hrsg., zusammen mit Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice)

Einführung: Elemente einer Europäischen Öffentlichkeit (zusammen mit Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice), in: Ingolf Pernice/Lars S. Otto (Hrsg.): Europa vermitteln im Diskurs - Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit, Forum Constitutionis Europae - Band 11, Baden-Baden: Nomos 2010.

Vorwort (zusammen mit Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice), in: Ingolf Pernice/Lars S. Otto (Hrsg.), Europa neu verfasst ohne Verfassung - Chancen und Bedeutung des Vertrags von Lissabon, Forum Constitutionis Europae - Band 10, Baden-Baden: Nomos 2010.

Sebastian Leuschner

Veröffentlichungen

Abschied vom fairen Verfahren? Asymmetrie zwischen Grundrechtsschutz und gegenseitiger Anerkennung strafjustizieller Entscheidungen in Europa, Forum Recht [FoR] 2010, S. 84-86.

★ ★ ★ ★ ★ **9. Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht und WHI-Papers**

Prof. Dr. Dr. h. c. Pernice ist Herausgeber der Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht, die beim Nomos-Verlag, Baden-Baden, erscheint. In dieser Schriftenreihe werden unter anderem die Beiträge zum FCE und herausragende Monographien aus dem Kreise der Mitarbeiter des WHI sowie die Tagungsbände des Walter Hallstein-Symposiums in Frankfurt (hrsg. von Manfred Zuleeg) veröffentlicht. Eine Übersicht über alle bisher erschienenen Bände findet sich unter www.nomos-shop.de.

Im Jahr 2010 folgende Bände erschienen:

Band 32: Ingolf Pernice, Lars Otto (Hrsg.), Europa neu verfasst ohne Verfassung. Chancen und Bedeutung des Vertrags von Lissabon, Forum Constitutionis Europae – Band 10, 2010.

Band 33: Ingo Fährmann, Die Bundeswehr im Einsatz für Europa. Die Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GVSP) – Zulässigkeit nach dem Vertrag von Lissabon, 2010.

Band 34: Ingolf Pernice/Lars Otto (Hrsg.), Europa vermitteln im Diskurs. Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, Forum Constitutionis Europae – Band 11, 2011.

Zudem veröffentlicht das WHI auf seiner Webseite regelmäßig Beiträge von Mitarbeitenden bzw. Mitwirkenden des WHI und besonders herausragenden Studierenden zu aktuellen Fragen des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts.

Im Jahr 2010 sind folgende Papers erschienen:

WHI Paper 01/10: La Rete Europea Di Costituzione – Der Europäische Verfassungsverbund und die Netzwerktheorie (von Ingolf Pernice).

WHI Paper 02/10: Does Europe Need A Constitution? Achievements and Challenges after Lisbon (von Ingolf Pernice).

WHI Paper 03/10: Die Auferstehung der Souveränität: Rückkehr zur Monarchie oder Wandel eines staatsprägenden Konzepts im Zuge der Auflösung des Nationalstaats? (von Philipp Nürnberger)

10. Internationaler Forscheraustausch



Auswärtige Lehrtätigkeit und Teaching Staff Mobility

Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)

17. – 21. Februar: Gastdozent im Internationalen Investitionsrecht an der Kiever Universität des Rechts – Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Thema der Vorlesung: „Einführung in das Internationale Investitionsrecht anhand von Fallbeispielen“, Kiev.

Gastforscher

Das Walter-Hallstein-Institut steht Gastforschern aus dem Ausland offen, die Themen zum Europäischen Verfassungsrecht bearbeiten. 2010 besuchte das WHI im Rahmen eigener Forschungsprojekte:

- Prof. Dr. J. Zemanek, Universität Prag
- Dr. Marcus Klamert, M.A., Universität Wien
- Philippe Gérard, KU Leuven
- Prof. Dr. Tom Eijsbouts, Universität Amsterdam

LL.M.-Programm

Das WHI betreut jedes Jahr Studierende aus dem LL.M.-Programm der Humboldt-Universität, die Arbeiten im Europäischen Verfassungsrecht erstellen. Die LL.M.-Studierenden sind eingeladen, durch ihre Teilnahme an den Veranstaltungen des WHI den internationalen Gedankenaustausch über die Forschungsarbeit am Institut zu bereichern. Die Magisterarbeiten sind in der Regel auf rechtsvergleichende Themen zum Europäischen Verfassungsrecht ausgerichtet.

11. Beteiligung an der Lehre

European Online Academy

Zur Ergänzung der Ausbildung und zur Fortbildung vor allem von Praktikern engagierte sich das WHI auch 2010 bei der European Online Academy (EOA). Federführend in diesem Projekt ist das CIFE (Prof. Hartmut Marhold, Dr. Helgard Fröhlich) in Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet Chair for Political Science and European Affairs (Prof. Wolfgang Wessels, Köln). Für die juristischen Aspekte und insbesondere das Europäische Verfassungsrecht zeichnet das Walter Hallstein-Institut (Prof. Ingolf Pernice, Edgar Lenski) verantwortlich. Der siebente Jahrgang der EOA wurde im Juli 2010 abgeschlossen. Seit Oktober läuft das achte akademische Jahr der Akademie. Bereits seit 2008 besteht die Möglichkeit, neben dem einjährigen Zertifikatsstudium auch einen zweijährigen Masterstudiengang zu beginnen. Die EOA kann unter www.eu-online-academy.org im Internet aufgerufen werden.

Studiengang Europawissenschaften

Der Postgraduierten-Studiengang Europawissenschaften in Berlin wurde im Oktober 1998 auf Initiative des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Studienstiftung des Deutschen Volkes in den Städten Berlin, Bonn, Hamburg und Saarbrücken eingerichtet. Er wird von den drei Berliner Universitäten gestaltet und bietet ein interdisziplinäres Programm zur konzentrierten Ausbildung zu Fragen der europäischen Integration (<http://www.europawissenschaften-berlin.de/>). Prof. Dr. Dr. h.c. Pernice lehrt auch hier das Europäische Verfassungsrecht. Im Oktober 2010 hat der zwölfte Jahrgang den Postgraduierten-Studiengang Europawissenschaften mit einem Gastvortrag ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pötering, MdEP erfolgreich beendet.

MEGA-Programm

Aufgrund einer gemeinsamen Erklärung des deutschen Bundeskanzlers und des Präsidenten der französischen Republik zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages am 22. Januar 2003 haben die Innenminister beider Länder ein gemeinsames Ausbildungsprogramm insbesondere für den höheren Dienst geschaffen, um die gegenseitige Kenntnis der administrativen Praxis und die Effizienz der gemeinsamen Arbeit in den öffentlichen Verwaltungen der beiden Länder zu verbessern. Das WHI ist für die Humboldt-Universität zu Berlin zusammen mit der Berlin Graduate School of Social Science (BGSS) Mitglied eines u.a. aus der Universität von Paris I (Sorbonne) und der Ecole Nationale d'Administration auf französischer sowie der Universität Potsdam auf der deutschen Seite bestehenden Konsortiums, das gemeinsam

das Programm für den „Master of European Governance und Administration / Master Européen de Governance et d'Administration“ (MEGA) durchführt. Der Grad wird durch die Universität Potsdam und die Université de Paris I (Sorbonne) verliehen. Im Jahr 2005/2006 haben 24 Fellows, im Jahr 2006/2007 insgesamt 22 Fellows, im Jahr 2007/2008 20 Fellows, im Jahr 2008/2009 17 Fellows und im Jahr 2009/2010 ebenfalls 17 Fellows diesen Kurs absolviert. Der sechste Mega-Kurs hat am 4. Oktober 2010 mit 26 neuen Teilnehmern begonnen.

Zusammen mit Prof. Glaeßner und Dr. Nagelschmidt von der BGSS ist Prof. Pernice zuständig für Konzeption und Durchführung des MEGA-Kernkurses 3 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Auch im fünften Mega-Durchlauf haben Prof. Mayer und Edgar Lenski wieder einen wahlobligatorischen Ergänzungskurs zum Thema „Europarecht: Entstehung und Anwendung: Einführung in die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Integration und Rechtsgrundlagen der europapolitischen Koordinierung“ angeboten. Zudem hat Prof. Mayer einen Beitrag zum Thema „Mehrebenenrechtsetzung in der EU“ im Rahmen des Kernkurses „Die Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union“ angeboten.

Seminar und Exkursion – “Europa vor Ort”

Im Rahmen des Instituts werden jedes Semester Seminare zur Theorie und Praxis des Europäischen Verfassungs- und Wirtschaftsrechts angeboten. Die jeweils besten Referate werden als WHI-Papers auf der Webseite des WHI veröffentlicht.

Als besonderer Teil des Seminars gilt die Exkursion nach Luxemburg und Brüssel unter dem Motto “Europa vor Ort, Begegnungen von Theorie und Praxis”, in dem den Studierenden die Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung des Europäischen Gerichtshofs sowie intensive Fachgespräche mit Abgeordneten und Beamten des Europäischen Parlaments, Mitgliedern oder hohen Beamten der Europäischen Kommission, Beamten des Ministerrats sowie auf Einladung der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer mit Anwälten des Europarechts ermöglicht werden. Das WHI dankt der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung herzlich für die großzügige Unterstützung dieser Exkursionen, bei denen auch Stipendiaten der Stiftung teilnehmen.

Nachdem im Jahr 2010 keine Exkursion stattfand, laufen derzeit wieder die Vorbereitungen für eine Exkursion im Jahr 2011.

Model European Union Conference

Die Simulationsübung Model European Union Conference wurde vom WHI auf Anregung von Studierenden eingeführt, um praktische Erfahrung in der Verhandlung europäischer Themen im Rat sowie bzgl. des Zustandekommens von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zu vermitteln. Durchgeführt wird die Simulation stets auf Englisch. Die Studenten erhalten somit die Möglichkeit diplomatisches Geschick, Verhandlungstechnik, Fremdsprachenkenntnisse, rhetorische Fähigkeiten und die Anwendung des europäischen Rechts zu trainieren. Dank der großzügigen Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Frau Yvonne Lehmann) hat sich die MEUC als überaus effektive und ertragreiche Veranstaltungen entwickelt, die sich bei inter-



MEUC WS 2010/11 Teilnehmer der Simulation des Europäischen Gerichtshofs

nationalen wie einheimischen Studierenden einer großen Beliebtheit erfreut.

Im Wintersemester 2009/2010 hat das WHI erstmals die Simulation eines Vorabentscheidungsverfahrens vor dem EuGH durchgeführt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. In-golf Pernice wurde „**Das Vorabentscheidungsverfahren Josemans vor dem EuGH**“ simuliert. Über 35 Studierende fanden sich in der WHI-Bibliothek ein, um die die Rollen der Richter des EuGH, des Generalanwaltes, der Presse sowie der Juristischen Dienste der Europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten zu übernehmen.

Die Veranstaltung wurde von Prof. Dr. Dr. h.c. Pernice geleitet. Für Tutorium und Organisation war Henner Fries-Henrich zuständig.

Im Sommersemester 2010 wurde eine Simulation des Europäischen Rats in Zusammenarbeit mit der Friedrich Ebert-Stiftung veranstaltet. Unter dem Thema "**Kick out or Solidarity - Greece facing the Crisis**" wurde zum Thema Finanzkrise in der Europäischen Union debattiert. Durch den Gastredner Hans Eichel, Finanzminister a.D. konnten zum Auftakt der Sitzung hilfreiche Impulse setzen.

Leiter der Simulation war Prof. Dr. Dr. h.c. Pernice. Tutorium und Organisation wurden von Henner Fries-Henrich durchgeführt. Yvonne Lehmann übernahm die Organisation von Seiten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Im Wintersemester 2010/2011 hat die MEUC den Europäischen Gerichtshof zum Thema „**Der Robbenfall vor dem EuGH**“ simuliert. Die Verordnung der Europäischen Union 1007/2009, die den Fang von Robbenfleisch in den Mitgliedstaaten einheitlich regelt, wurde abhängig von der Position der Teilnehmer in Frage gestellt oder verteidigt. Am Ende konnte der MEUC-Gerichtshof keinen Verstoß gegen EU-Recht feststellen und musste die Klage zugunsten des Europäischen Parlaments und des Rates der EU abweisen. Während der Vorbereitung lieferte Nikolaus Graf Vitzthum aus dem Referat für Prozessführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie Informationen aus der Praxis. Als Prozessvertreter Deutschlands im simulierten Fall war er für die zahlreichen Fragen der Studierenden ein versierter Ansprechpartner.

Die Veranstaltung wurde von Prof. Dr. Dr. h.c. Pernice geleitet. Für Tutorium und Organisation war Henner Fries-Henrich zuständig.

Im Sommersemester 2011 ist wieder eine Simulation des Europäischen Rates in Zusammenarbeit mit der Friedrich Ebert-Stiftung geplant. Einzelheiten zu den laufenden Sitzungen sowie Berichte über die Simulationen sind auf der Webseite der Model European Union Conference <http://www.meuc.eu> zu finden. Hier gibt es auch links zu den Video-Berichten über die Sitzungen, die in Youtube abrufbar sind. Als Ansprechpartner steht Henner Fries-Henrich unter info@meuc.eu zur Verfügung.

Robert Bosch Stiftung: Introductory Workshop im Rahmen des Bellevue-Programmes

Am 10. September 2010 fanden sich 12 junge, aus verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union stammende TeilnehmerInnen des Bellevue Programmes der Robert Bosch-Stiftung in der Berliner Repräsentanz der Bosch GmbH ein. Im Rahmen dieses Programms werden Nachwuchsführungskräften der obersten staatlichen Behörden der EU-

Mitgliedstaaten fachliche Weiterqualifikation, Auslandserfahrung und Begegnungen mit Kollegen aus anderen europäischen Ländern ermöglicht. Anlass des Treffens war die Möglichkeit, an einem Workshop zu dem Thema „The European Union - Coping with the Financial Crisis“ teilzunehmen. An das spannende und hochaktuelle, aber auch sehr komplexe Thema wurde der interdisziplinär besetzte Teilnehmerkreis in besonderer Weise herangeführt: In einem ersten Schritt hielt Professor Pernice einen Vortrag zum Thema „The European Union in Dialogue with the National Constitutional Courts“, indem er auch auf das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und dessen Implikationen für das Verhältnis zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Union im Allgemeinen und zwischen nationalen Verfassungsgerichten und EuGH im Speziellen einging. Dieser Vortrag ermöglichte es den Teilnehmern, einen Überblick über den aktuellen Stand der Europäischen Integration zu gewinnen. Den zweiten Schwerpunkt des Workshops bildete die Simulation einer Sitzung des Europäischen Rates zum Thema „Enhancing European Economic Governance“. Hier sollten die Workshop-TeilnehmerInnen die Möglichkeit erhalten, den Ablauf einer Ratssitzung kennen zu lernen und dabei ein Gefühl für das Handeln als Akteur im europäischen Integrationsprozess zu entwickeln. Um zunächst einen Einblick in das Thema der Ratssitzung zu erhalten, das sich stark an einer tatsächlichen Sitzung des Europäischen Rates im Juni 2010 orientierte, hielt Luise Schöne einen Vortrag zum Thema: „Introduction into the Topic of the European Council Meeting: Enhancing European Economic Governance“. Im Zentrum ihrer Ausführungen standen dabei die jüngsten Entwicklungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, sowie die Vorschläge der Kommission vom 12.05.2010 („Reinforcing economic policy coordination“), die auch die Grundlage für die Sitzung des Europäischen Rates im Juni 2010 bildeten. Martin Mlynarski erklärte den Ablauf einer Sitzung des Europäischen Rates und die prozeduralen Regeln. Bei der anschließenden Simulation der Sitzung nahm er die Rolle des Ratspräsidenten ein. Jedem Teilnehmer war ein bestimmter Mitgliedstaat der Europäischen Union zugeordnet, den er im Laufe der Verhandlungen und Abstimmungen zu vertreten hatte. In der Vorbereitung der Sitzung hatten die Teilnehmer der Simulation einen Entwurf für Schlussfolgerungen des Europäischen Rates erhalten, über den rege diskutiert und zu dem Änderungsanträge eingebracht wurden. Nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen zeigten sich die Teilnehmer in der Schlussabstimmung doch um einen Kompromiss bemüht und konnten sich auf eine bestimmte Fassung des Entwurfs einigen. Diese Fassung kam der in der Realität erzielten Einigung im Rat verblüffend nahe.

Außerordentliche Lehrveranstaltungen

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Wintersemester 2009/2010

„European Law I: Introduction to European Law“ und „European Law II: Internal Market“, Vorlesungen im Studiengang „European Online Academy“ des Centre International de Formation Européenne (gemeinsam mit Edgar Lenski), Berlin/Rom.

Wintersemester 2009/2010 und Sommersemester 2010

„Aspects of European Legal Integration“, Vorlesung im Studiengang „European Online Academy“ (Master-Jahr) des Centre International de Formation Européenne (gemeinsam mit Edgar Lenski), Istanbul/Berlin/Brüssel.

MEGA (Master européen de gouvernance et d'administration / Master für europäische Regierung und Verwaltung), Einführung in den Kurs: Konzeption, Fragestellungen, Programm und Aufgaben (co-teaching mit Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner)

MEGA Abschlussitzung, Zusammenfassung der Ergebnisse, Evaluation (co-teaching mit Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner)

Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale)

Sommersemester 2010

Europarecht: Entstehung und Anwendung: Einführung in die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Integration und Rechtsgrundlagen der europapolitischen Koordinierung (Ergänzungskurs im Deutsch-französischen Masterstudiengang MEGA (Master européen de gouvernance et d'administration / Master für europäische Regierung und Verwaltung), gemeinsam mit Edgar Lenski, Berlin Graduate School of Social Sciences und Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Humboldt-Universität zu Berlin.

Mehrebenenrechtssetzung in der EU (Beitrag zum Kernkurs ‚Die Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union‘ im Deutsch-französischen Masterstudiengang MEGA (Master européen de gouvernance et d'administration / Master für europäische Regierung und Verwaltung)), Berlin Graduate School of Social Sciences und Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, HU Berlin.

Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London)

Wintersemester 2009/2010

Europäische Außenpolitik: Rechtsgrundlagen und Politiken, Vorlesung des Postgraduiertenstudiengangs Europawissenschaften der FU, HU und TU Berlin.

Edgar Lenski

Wintersemester 2009/2010

„European Law I: Introduction to European Law“ und „European Law II: Internal Market“, Vorlesungen im Studiengang „European Online Academy“ des Centre International de Formation Européenne (gemeinsam mit Prof. Pernice), Berlin/Rom.

Wintersemester 2009/2010 und Sommersemester 2010

„Aspects of European Legal Integration“, Vorlesung im Studiengang „European Online Academy“ (Master-Jahr) des Centre International de Formation Européenne (gemeinsam mit Prof. Pernice), Istanbul/Berlin/Brüssel.

Sommersemester 2010

Europarecht: Entstehung und Anwendung: Einführung in die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Integration und Rechtsgrundlagen der europapolitischen Koordinierung (Ergänzungskurs im Deutsch-französischen Masterstudiengang MEGA (Master européen de gouvernance et d'administration / Master für europäische Regierung und Verwaltung)), gemeinsam mit Franz Mayer, Berlin Graduate School of Social Sciences und Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Humboldt-Universität zu Berlin.

12. Kontakt

Walter Hallstein-Institut

Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice
Geschäftsführender Direktor

Postanschrift:

Humboldt-Universität zu Berlin
Juristische Fakultät
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Besucheranschrift

Humboldt-Universität
Unter den Linden 11
Raum 104b
Frau Müller

Tel: 2093-3440

Fax: 2093-3449

E-Mail-Adresse des Walter Hallstein Instituts:

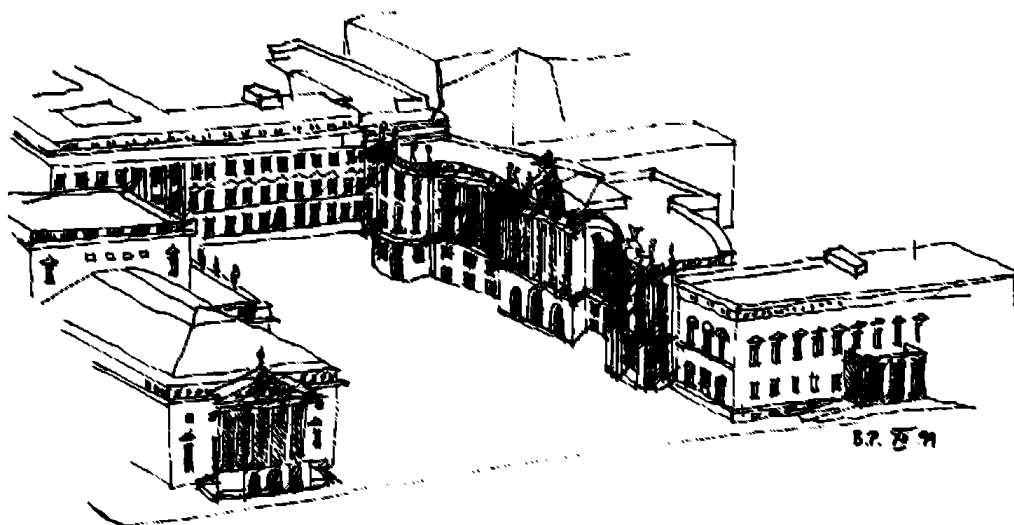
sekretariat@whi-berlin.de

Homepage des Walter Hallstein Instituts:

www.whi-berlin.de

Spendenkonto:

Verein für Europäisches Verfassungsrecht e.V.
Deutsche Bank Berlin, BLZ 100 700 00,
Kontonummer: 060150000



Impressum

Herausgeber:

V.i.S.d.P.:

Redaktion:

Druck:

Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice

Kristin Bettge

Sebastian Leuschner

Druckerei der Humboldt-Universität zu Berlin